

Thomas Milic, Philippe Rochat

VOLKSABSTIMMUNG «FRANCHISE-BEFREIUNG» VOM 26. JUNI 2022

ERGEBNISSE EINER ONLINEUMFRAGE



Herausgeber

Liechtenstein-Institut

www.liechtenstein-institut.li

Autoren

Thomas Milic (thomas.milic@liechtenstein-institut.li)

Philippe Rochat (philippe.rochat@liechtenstein-institut.li)

Kooperationspartner Onlineumfrage

Liechtensteiner Vaterland, Liechtensteiner Volksblatt

doi:10.13091/li-aktuell-2022-1

© Liechtenstein-Institut, Gamprin-Bendern 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4	Stimmverhalten nach Parteineigung	19
Abstimmungshistorie	5	Stimmverhalten nach Links-Rechts-Selbsteinstufung	20
Volksabstimmung: Amtliches Ergebnis.....	6	Stimmverhalten und Zufriedenheit mit der Demokratie.....	21
Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat	7	Stimmverhalten und Vertrauen in verschiedene Institutionen.....	22
Stimmbeteiligung	8	Stimmverhalten nach Werthaltungen	23
Urnenabstimmung und briefliche Stimmabgabe	9	Stimmverhalten nach Werthaltungen	24
Umfrage zur Volksabstimmung	10	Zusammenfassung: Die wichtigsten Determinanten des Stimmentscheids. 25	
Informationen zur Datenerhebung.....	11	Anklang der Abstimmungsargumente: Pro-Argumente I	26
Entscheidungszeitpunkt und Entscheidungsschwierigkeiten der Abstimmenden.....	12	Anklang der Abstimmungsargumente: Pro-Argumente II	27
Persönliche Bedeutung der Vorlage	13	Anklang der Abstimmungsargumente: Kontra-Argumente I.....	28
Ungültige Stimmen.....	14	Anklang der Abstimmungsargumente: Kontra-Argumente II.....	29
Stimmverhalten nach Alter.....	15	Anklang der Abstimmungsargumente: Kontra-Argumente III.....	30
Stimmverhalten nach weiteren soziodemografischen Merkmalen	16	Wichtigkeit der Informationskanäle	31
Stimmverhalten nach Alter und finanziellen Verhältnissen.....	17	Wichtigkeit der Informationskanäle nach Entscheid	32
War die geringe Mobilisierung der Jungen für das Ja an der Urne ausschlaggebend?	18	Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung.....	33
		Erfolgsquote Initiativen	34

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

DpL	Demokraten pro Liechtenstein
DU	Die Unabhängigen
FBP	Fortschrittliche Bürgerpartei
FL	Freie Liste
VU	Vaterländische Union

Zusammenfassung

Die von der DpL lancierte Initiative zur Franchise-Befreiung der Rentnerinnen und Rentner erhielt während des Abstimmungskampfes kaum Unterstützung von Parteien oder politischen Akteuren ausserhalb der DpL. Insgesamt verlief der Abstimmungskampf ziemlich ruhig. Plakate gab es keine, Leserbriefe vergleichsweise wenige. Dies schlug sich in einer tiefen Stimmbeteiligung nieder. Nur etwas knapp über 60 Prozent der Stimmberechtigten (60,9 %) gaben ihre Stimme ab.

Der Urne blieben vor allem die Jungen fern (Beteiligung 18- bis 24-Jährige: 45,2 %), während die Stimmberechtigten im ordentlichen Pensionsalter gewohnt zahlreich (80,2 %) an die Urne strömten. Dies hatte im Wesentlichen mit der Betroffenheit zu tun. Wer das Pensionsalter erreicht hatte oder kurz davor steht, mass der Vorlage eine deutlich höhere Bedeutung bei als Junge.

Die Dominanz der älteren Stimmberechtigten führte zum klaren Verdikt (64 % Ja). Denn (erst) bei Stimmberechtigten im Alter ab rund 50 Jahren erzielte die Vorlage eine (solide) Mehrheit. Aber die über 50-Jährigen bilden eine Mehrheit unter den Stimmberechtigten. Hinzu kam, dass sie am 26. Juni 2022 fleissiger partizipierten als die Jungen. In Kombination ergab dies ein deutliches Ja zugunsten der DpL-Initiative.

Neben dem Alter spielten auch die finanziellen Verhältnisse eine bedeutsame Rolle für den Entscheid. Je höher das Haushaltseinkommen, desto eher wurde die finanzielle Entlastung abgelehnt. Wo das Geld hingegen nur knapp ausreicht, um über die Runden zu kommen, wurde die Vorlage mit einem Anteil von etwa 80 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Gesellschaftspolitische Werthaltungen hingegen waren für das Stimmvotum von untergeordneter Bedeutung. Tatsächlich lehnten Befürworter von Staatseingriffen die staatliche Unterstützung bei der Kostenbeteiligung eher ab, während jene, die mehr Wettbewerb (und demnach weniger Staat) wünschen, der Vorlage eher zustimmten. Die Parteilinie wiederum war für gewisse Anhängerschaften durchaus von Bedeutung. DpL-Anhängerinnen und -Anhänger stimmten dem Begehren fast unisono (98 %) zu, während eine klare Mehrheit der FL (77 %) es verwarf. Die Parteisympathie verbleibt selbst in einem Modell, in welchem auch für weitere Faktoren wie Alter, Haushaltseinkommen und anderes kontrolliert wird, signifikant.

Die Argumentenanalyse zeigt, dass es durchaus gewisse Vorbehalte gegen das Begehren gab. Eine Mehrheit aller Stimmenden (54 %) teilte beispielsweise die Ansicht, dass

mit der vorgeschlagenen Kostenbefreiung Geld nach dem Giesskannen-Prinzip verteilt werde und somit auch solche Rentnerinnen und Rentner in den Genuss finanzieller Hilfen kämen, die es gar nicht nötig hätten. Etwa die Hälfte der Stimmenden (47 %) war zudem überzeugt, dass mit einer Franchise-Befreiung die Krankenkassenprämien steigen würden. Die Kontra-Argumente fanden demnach durchaus ein gewisses Gehör. Aber sie wurden überstimmt von der Überzeugung, dass es nun endlich an der Zeit sei, die Rentnerinnen und Rentner finanziell zu entlasten. Selbst eine grosse Zahl der Nein-Stimmenden widersprach dem nicht.

Die verschiedenen Informationskanäle waren bei der Abstimmung vom 26. Juni 2022 nicht so bedeutsam wie beispielsweise bei der Abstimmung vom Sommer 2020. Diese Werte widerspiegeln den flauen Abstimmungskampf und die geringe materielle Komplexität der Vorlage. Sodann bleibt auch im digitalen Zeitalter das persönliche Gespräch mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern die wichtigste Informationsquelle bei Sachabstimmungen in Liechtenstein.

Abstimmungshistorie

Der Umstand, dass die Renten in Liechtenstein seit etwa zehn Jahren nicht mehr angepasst wurden, nahm die DpL zum Anstoss, eine parlamentarische Initiative zur Befreiung der Rentnerinnen und Rentner von der festen OKP-Kostenbeteiligung im Landtag einzureichen. An der entsprechenden Abstimmung im Landtag (2. September 2021) stimmte eine Mehrheit von 15 Abgeordneten gegen ein Eintreten, während 10 Abgeordnete dafür waren ([Landtagsprotokoll, 2.9.2022](#))

Abstimmung im Landtag über die parlamentarische Initiative am 2. September 2021

	Ja	Nein
FBP	3	7
VU	2	8
FL	3	
DpL	2	
TOTAL	10	15

Die DpL beschloss daraufhin, den Vorstoss unverändert als Volksinitiative zu lancieren. Erforderlich waren 1'000 Unterschriften, ein Quorum, welches die DpL am Ende mit Leich-

tigkeit erfüllte: Insgesamt wurden 2'846 gültige Unterschriften gesammelt.

Infolgedessen wurde die Gesetzesinitiative im Landtag (nochmals) behandelt, das Verdikt blieb aber dasselbe. Eine Mehrheit der Abgeordneten lehnte die vorgeschlagene Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung ab.

Der Widerstand wuchs im Vergleich zur ersten Abstimmung gar, auch weil die Abgeordneten der Freien Liste, die damals (2. September 2021) noch «ein Zeichen setzen» (siehe Liechtensteiner Volksblatt vom 28. April 2022: «Trotz Vielzahl von Unterschriften ist kein Umschwung zu erwarten») wollten, nun dagegen votierten. Insgesamt unterstützten 6 Abgeordnete das Begehren, während 19 es ablehnten.

Abstimmung im Landtag über das Initiativbegehren am 4. Mai 2022

	Ja	Nein
FBP	3	7
VU	1	9
FL	0	3
DpL	2	0
TOTAL	6	19

Die Regierung setzte den Abstimmungstermin auf den 26. Juni 2022 fest. Die beiden Grossparteien beschlossen beide die Nein-Parole. Allerdings kam das Ergebnis der Parolenfassung in beiden Fällen nicht einstimmig zustande. Immerhin 37 Prozent der VU-Parteivorstände hiessen die Franchise-Befreiung gut. Der Parolenbeschluss des Landesvorstandes der FBP wiederum kam «grossmehrheitlich» zustande. FL-Exponentinnen und -Exponenten äusserten sich im Vorfeld der Abstimmung hingegen unisono gegen die Kostenbefreiung.

Auf der Pro-Seite führte die Initiantin, die DpL, den Abstimmungskampf mehr oder weniger alleine. Widerstand leisteten formell die restlichen Parteien, aber kaum jemand engagierte sich im Abstimmungskampf. Plakate gab es so gut wie keine, einzig eine Abstimmungsbroschüre der DpL erreichte die Stimmberechtigten. Daneben gab es einzelne Veranstaltungen, an denen DpL-Exponenten ihre Sichtweise vorbrachten, während auf der Gegenseite der Gesellschaftsminister die Sichtweise der Regierung vertrat. Leserbriefe gab es zwar, aber im Vergleich zur vorangegangenen Abstimmung über die S-Bahn (30. August 2020) waren ihrer wenige. Die allermeisten warben oder argumentierten im Übrigen zugunsten der Vorlage. Insgesamt blieb der Abstimmungskampf aber flau.

Volksabstimmung: Amtliches Ergebnis

Abstimmungsergebnis vom 26. Juni 2022

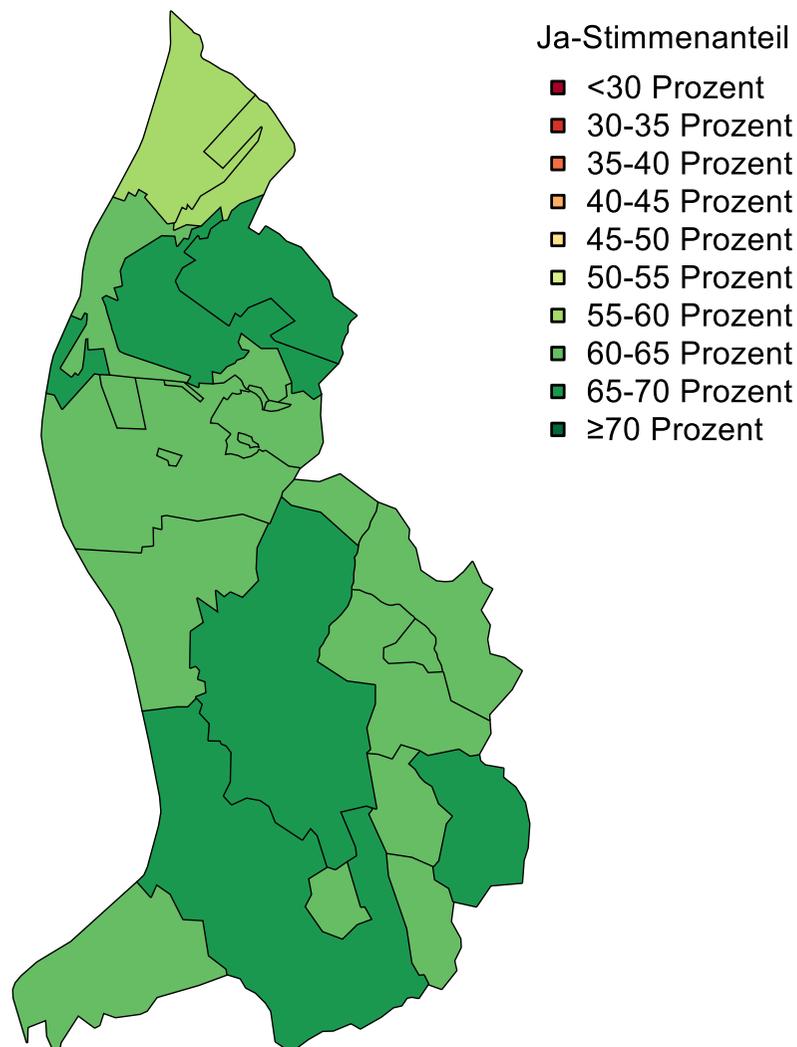
	Zahl
Stimmberechtigte	20'580
Abgegebene Stimmkarten	12'534
Stimmbeteiligung	60,9 %
Total gültige Stimmen	12'224
Ja-Stimmen	7'811
Nein-Stimmen	4'413
Ja-Anteil	63,9 %
Nein-Anteil	36,1 %

Quelle: **Amtliche Kundmachung vom 1. Juli 2022**

Die Franchise-Befreiung für Rentnerinnen und Rentner wurde in allen Gemeinden deutlich angenommen. Die Zustimmung war in Triesen (67,6 %) und Eschen (66,6 %) am höchsten. Am tiefsten war sie in Schellenberg (56,9 %) und Ruggell (58,0 %). Aber selbst in den letztgenannten beiden Gemeinden hiess eine Mehrheit das Begehren gut.

Die Zustimmung fiel im Oberland (64,3 %) etwas höher aus als im Unterland (63,3 %). Insgesamt erreichte die Vorlage eine Zustimmung von 63,9 Prozent, während 36,1 Prozent die Vorlage ablehnten.

Abstimmungsergebnis in den Gemeinden



Kartengrundlage: Bundesamt für Landestopografie

Unterschriftensammlung und Abstimmungsresultat

2'846 Unterschriften wurden für die Gesetzesinitiative gesammelt. Betrachtet man nur Initiativen (und keine Referenden), so wurden einzig für die Verfassungsrevision des Fürsten 2003 mehr Unterschriften gesammelt.

Die Unterschriftenbögen wurden zum einen an alle Haushalte verschickt, zum anderen waren sie auch auf der Homepage der DpL abrufbar.

In der Tabelle ist die Zahl der Unterschriften bei Volksinitiativen und Referenden seit 1992 dargestellt. Für ein Referendum oder eine Gesetzesinitiative sind 1'000 Unterschriften erforderlich; für ein Staatsvertragsreferendum oder eine Verfassungsinitiative werden 1'500 Unterschriften benötigt.

Unterschriften für Referenden und Initiativen seit 1992 (grün=Vorlage angenommen)

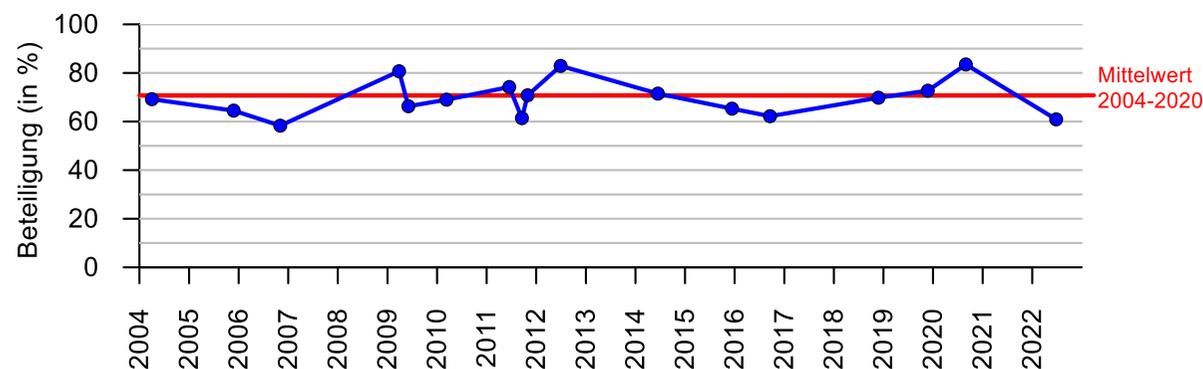
Jahr	Vorlage	Instrument	Quorum	Unterschriften	Ja
1992	Staatsvertragsreferendum	Initiative	1'500	2'618	71.4
1992	Sperrklausel	Initiative	1'500	1'660	32.3
1992	Diskriminierungsverbot	Initiative	1'500	1'656	24.6
1993	Landtagsgebäude und Regierungsviertel	Referendum	1'000	2'657	20.4
1999	Krankenversicherung	Initiative	1'000	1'972	34.0
2000	Preiswerter Wohnungsbau	Referendum	1'000	1'616	33.9
2000	Schwerverkehrsabgabe	Referendum	1'000	2'213	71.0
2002	Verkehrspolitik	Initiative	1'500	2'431	45.5
2003	Verfassungsrevision (Fürst)	Initiative	1'500	6'244	64.3
2003	Verfassungsrevision (Komitee)	Initiative	1'500	2'200	16.6
2004	Obligatorische Unfallversicherung	Referendum	1'000	2'827	33.7
2004	Polizeigebäude/Sicherheitszentrum	Referendum	1'000	3'658	31.8
2005	Schwangerschaftsabbruch und Sterbehilfe	Initiative	1'500	1'891	18.7
2006	Halten von Hunden	Referendum	1'000	1'608	62.7
2009	Rauchverbot	Referendum	1'000	2'568	52.2
2009	SPES 1	Referendum	1'000	2'256	47.1
2009	Mobilfunk	Initiative	1'000	2'088	57.0
2010	Industriezubringer Schaan	Referendum	1'000	1'257	51.9
2011	Partnerschaftsgesetz	Referendum	1'000	1'208	68.8
2011	Schwangerschaftsabbruch	Initiative	1'000	1'580	47.7
2011	Landesspital	Referendum	1'000	2'951	41.9
2012	Vetorecht des Fürsten	Initiative	1'500	1'726	23.6
2014	Pensionskasse - Win-Win-90	Initiative	1'000	2'361	43.9
2014	Pensionskasse - Win-Win-50	Initiative	1'000	2'327	49.7
2015	Krankenversicherungsgesetz	Referendum	1'000	2'636	53.2
2016	Familienzulagen	Initiative	1'000	1'144	17.6
2018	Tour de Ski	Referendum	1'000	1'730	40.7
2020	HalbeHalbe	Initiative	1'500	1'863	21.3
2022	Franchise-Befreiung	Initiative	1'000	2'846	63.9

Stimmbeteiligung

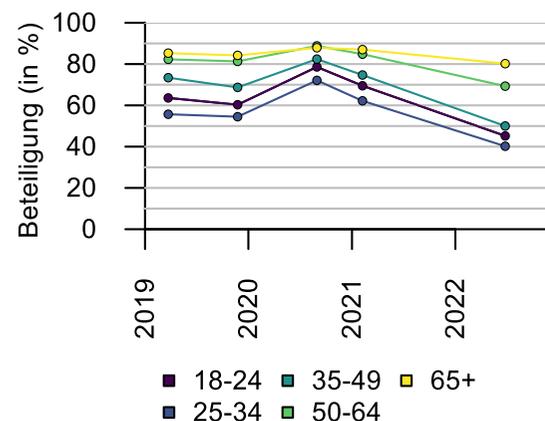
Die Stimmbeteiligung betrug unterdurchschnittliche 60,9 Prozent. 2005 lag die Beteiligungsquote bei einer nationalen Sachabstimmung letztmals tiefer (58,3 %). Insgesamt blieb die Stimmbeteiligung bisher nur in 14 von 112 Fällen unter der 60-Prozent-Marke.

Frauen beteiligten sich am 26. Juni 2022 abermals häufiger als Männer. Indes, die Differenz zwischen den Geschlechtern ist gering. Gross war die Beteiligungsdifferenz jedoch zwischen Jung und Alt. Während weniger als die Hälfte der jüngeren Stimmberechtigten (18–34 Jahre) teilnahm, gingen rund 80 Prozent der Stimmberechtigten im Pensionsalter (65+ Jahre) zur Urne. Im Vergleich zu früheren Abstimmungen und Wahlen war der Partizipationsgraben zwischen Jung und Alt heuer besonders tief. Zwar beteiligen sich Seniorinnen und Senioren immer häufiger als Junge, aber in der Regel (vgl. S-Bahn-Abstimmung) beträgt die Differenz zwischen Jung und Alt 10 bis 20 Prozentpunkte. Am 26. Juni 2022 betrug sie indessen fast 40 Prozentpunkte.

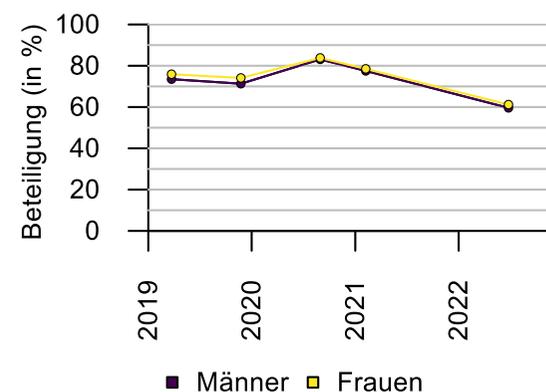
Stimmbeteiligung bei Volksabstimmungen seit 2004 (in Prozent)



Beteiligung nach Alter



Beteiligung nach Geschlecht



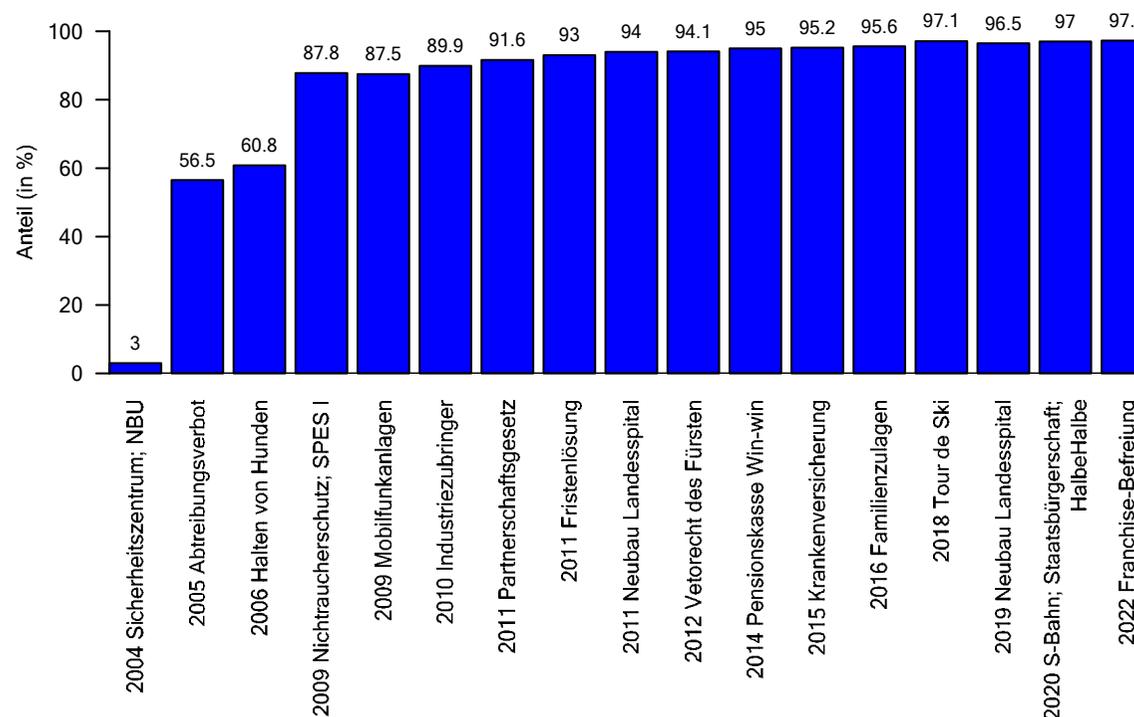
Quellen: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungen; Stabsstelle Regierungskanzlei, Gemeinden.

Urnenabstimmung und briefliche Stimmabgabe

Bis zur Volksabstimmung über das Sicherheitszentrum und den NBU-Beitrag im April 2004 konnte nur unter bestimmten Voraussetzungen brieflich an Wahlen und Abstimmungen teilgenommen werden. Mit der Einführung der allgemeinen Briefwahl nahm der Anteil derjenigen, die brieflich an Abstimmungen teilnehmen, rasch zu: 2005 und 2006 betrug deren Anteil bereits rund 60 Prozent und bewegt sich seit 2011 bei über 90 Prozent.

Bei der Abstimmung vom 26. Juni 2022 betrug der Briefwahlanteil 97,3 Prozent. Kurz, kaum jemand nimmt den Gang zur Urne noch buchstäblich unter die Füße. Die allermeisten stimmen brieflich ab.

Anteil briefliche Stimmabgabe seit 2004 (in Prozent)



Quelle: Amtliche Kundmachungen zu den Abstimmungsergebnissen; eigene Ermittlungen.

Umfrage zur Volksabstimmung

In Kooperation mit dem Liechtensteiner Vaterland und dem Liechtensteiner Volksblatt führte das Liechtenstein-Institut eine Onlineumfrage durch. Die Konzeption, Durchführung und Auswertung lag im alleinigen Verantwortungsbereich des Liechtenstein-Instituts, während die beiden Medienhäuser wesentlich für die wiederholte öffentlichkeitswirksame Information und Aufforderung zur Teilnahme an der Umfrage via eigene Print- und Onlinemedien sowie Social-Media-Kanäle zuständig waren. Daneben wurde auch auf Radio Liechtenstein zur Umfrageteilnahme aufgerufen.

Der Briefwahlanteil betrug bei dieser Abstimmung rund 97 Prozent. Demnach wurde der Stimmentscheid in den allermeisten Fällen deutlich vor dem Wahlsonntag gefällt. Entsprechend wurde die Umfrage bereits am 15. Juni lanciert, also rund 10 Tage vor dem Abstimmungstermin. Die Umfrage wurde am Wahlsonntag um Mitternacht beendet.

Die Umfrage stand für alle Bevölkerungsgruppen offen. Die Aufforderung zur Teilnahme erfolgte über liechtensteinische Medienkanäle. Fragen nach Alter, Wohnort und Stimmberechtigung lassen Auswertungen zu, die die Gesamtheit der Umfrageteilnehmenden oder nur die Stimmberechtigten berücksichtigen. In den nachfolgenden Ana-

lysen werden indessen nur die Stimmberechtigten berücksichtigt.

Verglichen mit der tatsächlichen Zusammensetzung der Bevölkerung beziehungsweise der Stimmberechtigten nach soziodemografischen und Einstellungsmerkmalen weichen die Umfrageteilnehmenden in einigen Aspekten ab. In der Umfrage sind beispielsweise die Männer, das mittlere Alterssegment, aber auch die Nein-Stimmenden übervertreten (vgl. Tabelle). Solche Verzerrungen sind für Onlineumfragen typisch, nicht nur in Liechtenstein. Um diese Verzerrungen im Datensatz auszugleichen, wurde in diesem Bericht bei den Datenanalysen eine Gewichtung nach Alter, Geschlecht und Stimmentscheid vorgenommen.

Im Vergleich zu telefonischen Befragungen schneiden Onlineumfragen generell nicht schlechter ab, denn auch bei Telefonumfragen zeigen sich Abweichungen vom Bevölkerungsquerschnitt, allerdings in anderer Richtung, da beispielsweise die Jungen zunehmend untervertreten sind.

Für die statistische Auswertung wurden basierend auf den Umfragedaten teilweise neue Variablen gebildet.

Vergleich Anteile Umfrage und Anteile gemäss offizieller Beteiligungsstatistik

Stimmberechtigte	IST %	Umfrage %
Geschlecht		
Männer	47.7	64.2
Frauen	52.3	35.8
Alter		
18–24 Jahre	8.0	5.4
25–34 Jahre	10.2	15.1
35–49 Jahre	17.6	25.3
50–64 Jahre	30.0	31.7
65+ Jahre	34.2	22.7
Entscheid		
Ja	63.0	54.5
Nein	36.1	45.5
Wohngemeinde		
Vaduz	13.0	16.1
Triesen	12.5	13.3
Balzers	12.9	9.3
Triesenberg	8.8	8.4
Schaan	14.7	17.3
Planken	1.6	1.8
Eschen-Nendeln	11.4	11.2
Mauren-Schaanwald	10.1	9.6
Gamprin-Bendern	4.3	4.0
Ruggell	7.1	6.2
Schellenberg	3.6	2.9

Quellen: Eigene Berechnungen auf Basis der Statistiken zur Wahlbeteiligung der Stabsstelle Regierungskanzlei (SRK).

Informationen zur Datenerhebung

Informationen zur Datenerhebung

Durchführung

Liechtenstein-Institut

Medienpartner

Liechtensteiner Vaterland,
Liechtensteiner Volksblatt

Fragebogen

Liechtenstein-Institut

Methode

Offene Onlineumfrage

Grundgesamtheit

Keine Begrenzung

Stichprobe

Keine Stichprobe, offene Befragung

Onlinezugang

14.6.2022 (00:00 Uhr) bis 26.6.2022 (24:00 Uhr)

Gültige Teilnahme

1'309 Befragte

Vertrauensbereich/Messgenauigkeit

Max. +/-2,75 Prozent bei 95 Prozent Sicherheit

Daten

SPSS-Datensatz

Gewichtung

Nach Alter, Geschlecht, Entscheid
(begrenzt bei max. 4.0 bzw. min. 0.25)

«Der laue Abstimmungskampf dient vor allem den Befürwortern der Initiative»

Wird die Stimmkraft der Senioren der DpL-Initiative durch Christian Froumelt gibt eine Einschätzung.

Fluss Quader

In zwei Wochen stehen Liechtensteiner Bürgerinnen und Bürger vor der Entscheidung über die DpL-Initiative. Die Abstimmungsergebnisse werden im Juli bekannt sein. Die Abstimmungsergebnisse werden im Juli bekannt sein. Die Abstimmungsergebnisse werden im Juli bekannt sein.



Christian Froumelt

Die Initiative der Senioren ist ein wichtiger Bestandteil der DpL-Initiative. Sie wird im Juli abgestimmt. Die Initiative der Senioren ist ein wichtiger Bestandteil der DpL-Initiative.

Christian Froumelt

Christian F

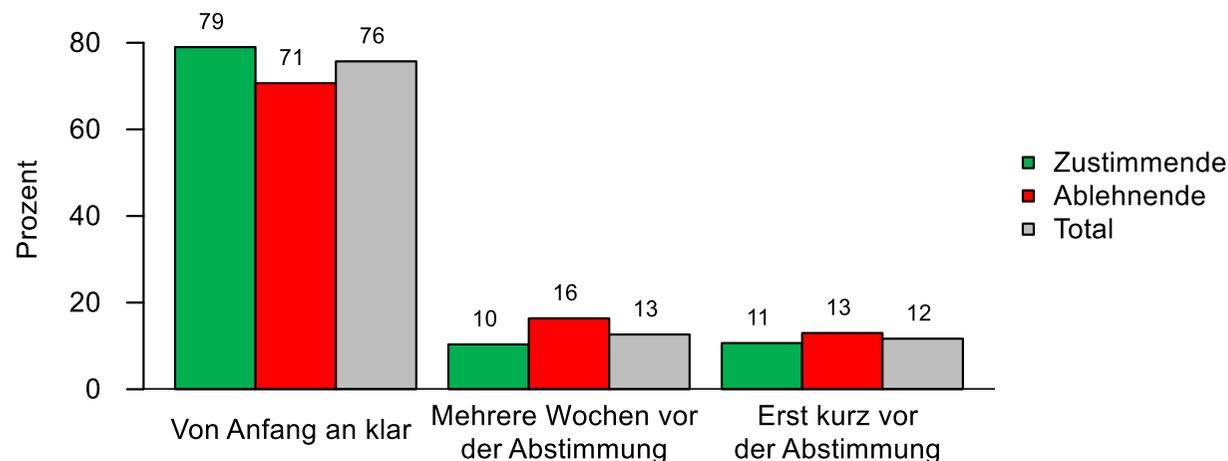
Entscheidungszeitpunkt und Entscheidungsschwierigkeiten der Abstimmenden

Die Meinungen zur Franchise-Befreiung waren früh gemacht. 76 Prozent wussten von Beginn weg, wie ihr Entscheid lauten würde. Dieser Wert ist auch im mehrjährigen Vergleich hoch. Von den letzten 12 Vorlagen, über die abgestimmt wurde, erzielten nur das Vetorecht und die «HalbeHalbe»-Vorlage noch höhere Werte. Mit anderen Worten: Die Franchise-Abstimmung war im Prinzip schon früh entschieden.

Spätentscheidende legten zwar etwas häufiger Nein (41 %) ein als die Frühentschlossenen (34 %). Aber selbst unter den Spätentscheidenden erzielte die Vorlage eine Mehrheit.

Einer überwältigenden Mehrheit (94 %) der Stimmenden fiel es überdies leicht zu verstehen, worum es bei der Vorlage ging. Kaum jemand hatte Mühe zu verstehen, was der Inhalt der Vorlage war. Aber: Jene wenigen, welchen der Entscheid schwer fiel, legten signifikant öfter (48 %) ein Nein in die Stimmurnen.

Entscheidungszeitpunkt der Zustimmungen und Ablehnenden (in Prozent; N = 1'132)



Persönliche Bedeutung der Vorlage

In der Onlineumfrage konnten die Befragten auf einer Skala zwischen 0 und 10 angeben, wie wichtig die Vorlage für sie persönlich war, wobei 0 für «überhaupt nicht wichtig» und 10 für «sehr wichtig» stand. Im Schnitt erzielte die Initiative einen Wert von knapp 5.9. Es fehlen Liechtensteiner Vergleichsdaten, aber Schweizer Vorlagen erzielten im Schnitt einen persönlichen Bedeutungswert von rund 5.6. Die Initiative wurde demnach als eine durchschnittlich bedeutsame Vorlage betrachtet.

Allerdings gab es einen signifikanten Unterschied zwischen den Befürwortenden und den Ablehnenden. Für das Ja-Lager war die Initiative viel wichtiger (Mittelwert: 7.0) als für jene, welche die Vorlage verwarfen (4.0). Es ist bei Vorlagen mit durchschaubarer finanzieller Auswirkung zwar oft so, dass die Ja-Stimmenden die Vorlage für bedeutsamer erachten als die Ablehnenden. Aber der

Unterschied von rund 3 Skalenpunkten ist frappant.

Auch zwischen den Altersgruppen sind erhebliche Unterschiede bei der Bedeutungszuweisung zu erkennen. Je älter, desto eher war man (unmittelbar) von der Initiative betroffen. Aber die Differenz zwischen dem höchsten und dem tiefsten Wert ist zwischen den Altersgruppen nur etwa halb so gross wie zwischen Nein- und Ja-Stimmenden. Es war also nicht das Alter (und demnach die unmittelbare Betroffenheit) alleine, welches darüber bestimmte, wie wichtig man die Vorlage einstufte.

Die Bedeutung der Vorlage stieg zudem erwartungsgemäss mit sinkendem Haushaltseinkommen. Je tiefer das Haushaltseinkommen, desto eher war man auf diese finanzielle Entlastung angewiesen und desto eher erachtete man die Kostenbefreiung für persönlich bedeutsam.

Mittelwert der persönlichen Bedeutung der Vorlage nach ausgewählten Gruppen (n)

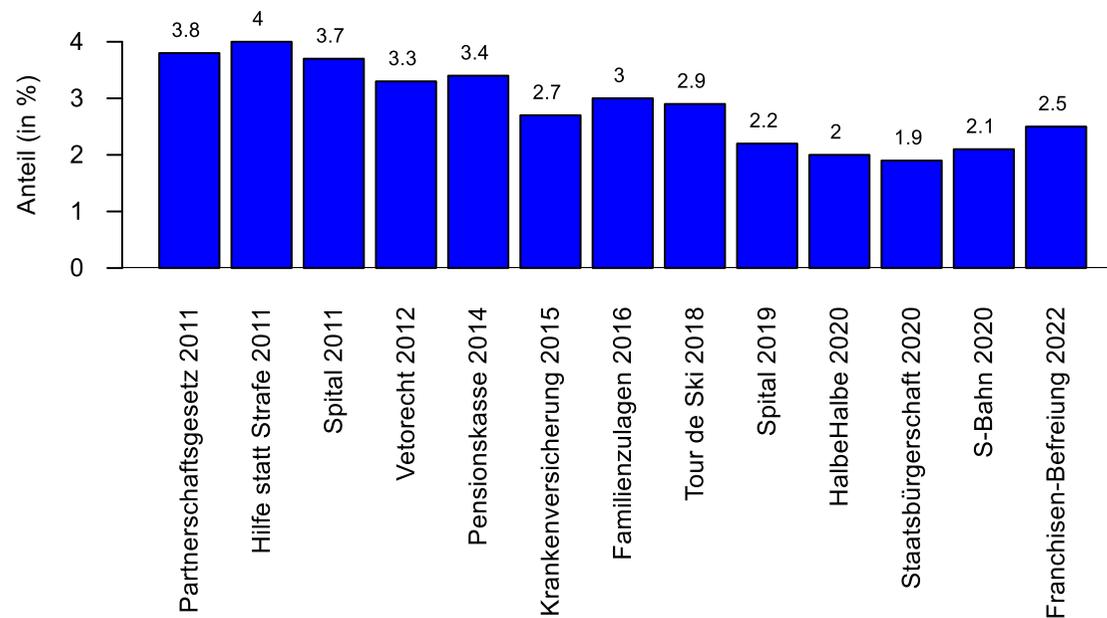
	Mittelwert Bedeutung	n
Entscheid		
Ja (angenommen)	7.0	635
Nein (abgelehnt)	4.0	531
Alter		
18–24 Jahre	5.1	63
25–34 Jahre	5.2	185
35–49 Jahre	5.1	309
50–64 Jahre	6.3	384
65+ Jahre	6.4	276
Haushaltseinkommen		
< CHF 4'000	7.2	89
CHF 4'000–7'000	6.6	282
CHF 7'001–11'000	5.6	340
> CHF 11'000	4.7	298

Ungültige Stimmen

Rund 2,5 Prozent (310 Stimmen) aller abgegebenen Stimmen waren ungültig. Diese verteilen sich auf 243 ungültig brieflich abgegebene Stimmen, 13 nicht eingelegte Stimmkuverts, 45 ungültige Stimmzettel in den Stimmkuverts und 9 leere Stimmkuverts.

Im Vergleich zu anderen Abstimmungen seit 2011 liegt der Anteil der ungültigen Stimmen nach wie vor auf einem tiefen Niveau. Er ist indessen verglichen mit der Abstimmung über die S-Bahn (2020) leicht gestiegen.

Anteil ungültige Stimmen bei Volksabstimmungen seit 2011



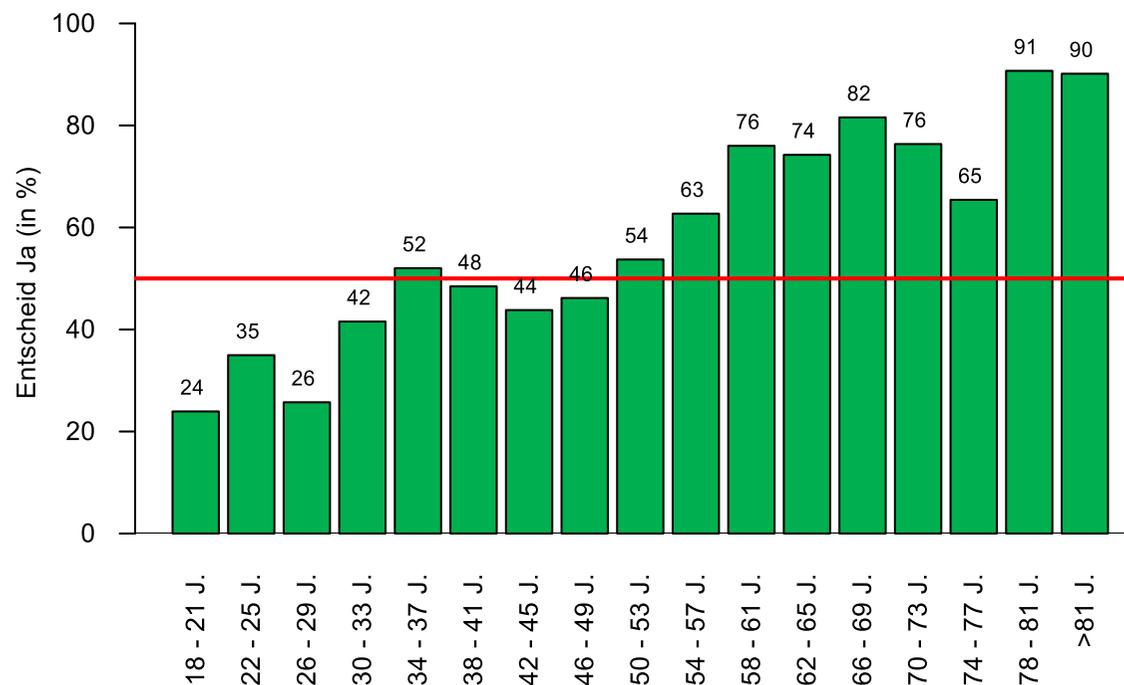
Quelle: abstimmungen.li

Stimmverhalten nach Alter

Erwartungsgemäss unterschied sich das Stimmverhalten der verschiedenen Altersgruppen. Die jüngsten Stimmenden (< 30 Jahre) lehnten das Begehren klar ab – die Nein-Anteile in den entsprechenden Altersgruppen betragen zwischen rund 65 und etwa 75 Prozent. Eine solide Mehrheit fand die Initiative bei Personen im Alter ab rund 50 Jahren. In der Altersklasse ab knapp 60 Jahren betragen die Ja-Anteile bereits 60 Prozent und (teils deutlich) mehr. Kurz, wer das ordentliche Rentenalter bereits erreicht hat oder in absehbarer Zeit erreichen wird (Personen zwischen 60 und 65 Jahren), hiess die Initiative mit grosser Wahrscheinlichkeit gut. Je weiter man hingegen vom ordentlichen Rentenalter entfernt ist, desto weniger gewillt war man, die Initiative zu unterstützen.

Aufschlussreich ist zudem, dass nicht nur das Stimmverhalten, sondern auch die Bedeutungszumessung (vgl. Abschnitt zur Bedeutungszumessung) mit rund 50 bis 55 Jahren «kippt». Ab diesem Alter beginnt das Thema Rente offenbar die Mehrheit stark zu beschäftigen. Für viele unter 50-Jährige scheint die Altersvorsorge indessen zeitlich noch zu weit weg zu liegen, als dass man sich intensiv damit auseinandersetzen würde.

Stimmentscheid nach Alter (in Prozent; N = 1'254)

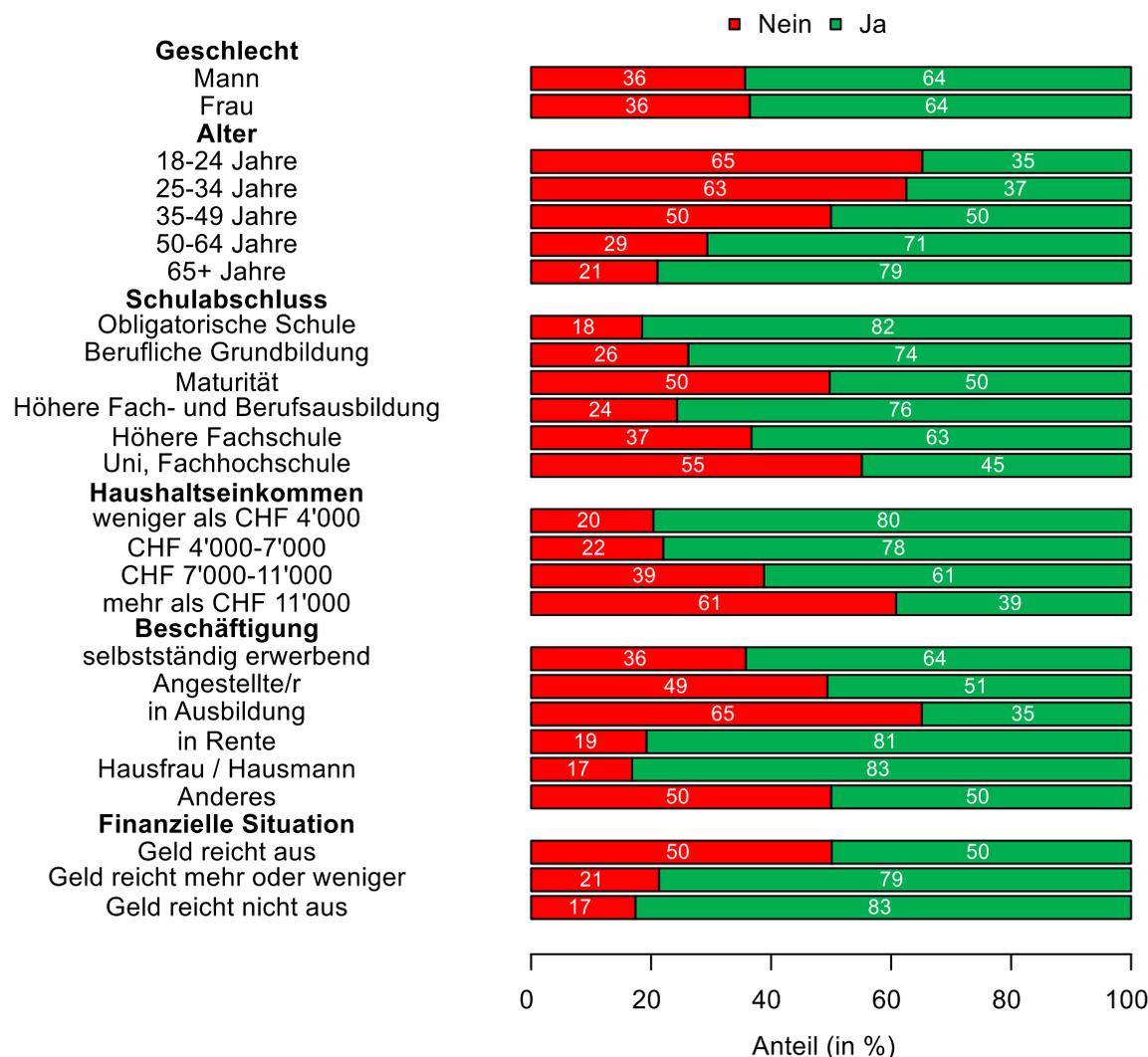


Stimmverhalten nach weiteren soziodemografischen Merkmalen

Während das Geschlecht für den Stimm-entscheid irrelevant war, wirkten sich das Bildungsniveau und das Einkommen (beides korreliert bis zu einem gewissen Grad miteinander) auf den Entscheid aus: Höhere Bildungsschichten mit höherem Einkommen lehnten die Initiative stärker ab als tiefere Bildungsschichten mit geringem Einkommen. Letztlich lehnten aber bloss die Hochschulabgänger/innen und Stimmende mit einem Haushaltseinkommen über CHF 11 000 die Vorlage mehrheitlich ab.

Die Rolle des Einkommens für den Stimm-entscheid lässt indessen nicht nur eine Interpretation zu. Zum einen liesse sich anhand des Befunds argumentieren, dass «mit dem Portemonnaie» abgestimmt wurde, d. h. wer auf die Kostenbefreiung nicht angewiesen war, lehnte sie auch mehrheitlich ab. Zum anderen ist aber auch denkbar, dass Guts-tuierte dem Staat (der nun für die Kostenbe-teiligung der Rentnerinnen und Rentner auf-kommen muss) nicht unnötig zur Last fallen wollten.

Stimmverhalten soziodemografisch (in Prozent; N = 972–1'203)

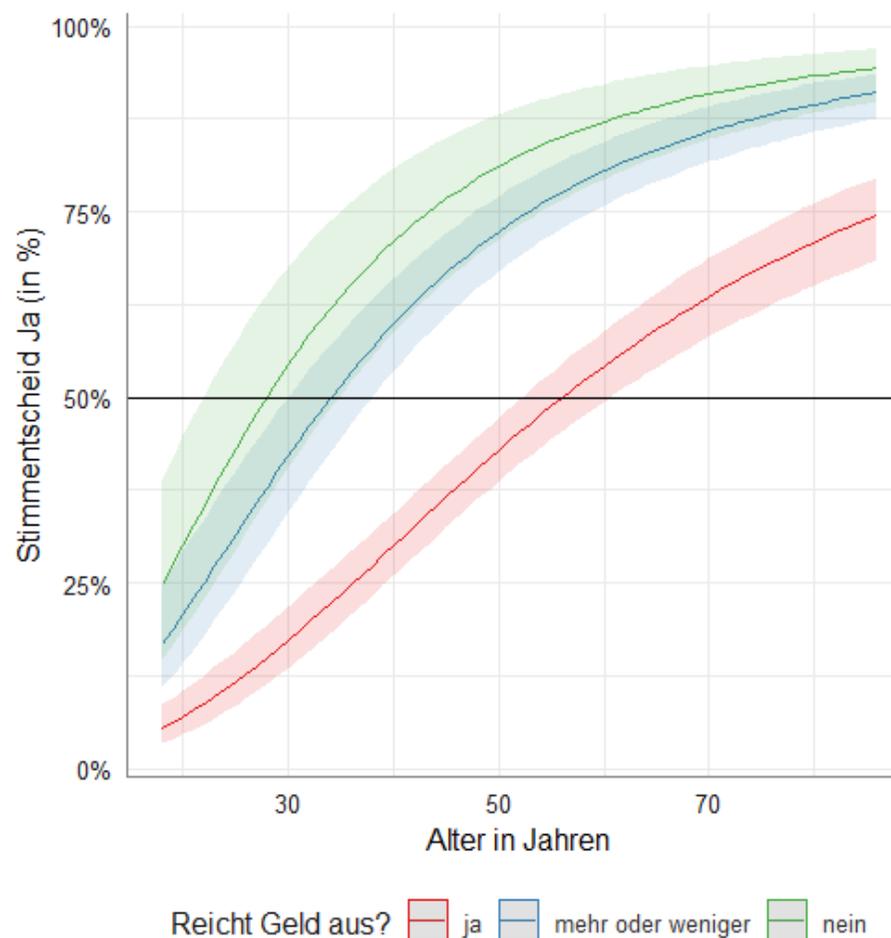


Stimmverhalten nach Alter und finanziellen Verhältnissen

Das Alter und die individuellen finanziellen Verhältnisse prägten den Entscheid in Kombination miteinander. Die Abbildung zeigt die modellgeschätzten Wahrscheinlichkeiten, ein Ja einzulegen, und zwar nach Alter und der finanziellen Situation. Wo das Haushaltseinkommen gut ausreicht, um «über die Runden» zu kommen, war der Anreiz, Ja zu stimmen, erheblich geringer als dort, wo es nur leidlich («mehr oder weniger») oder gar nicht ausreicht – und dies unabhängig vom Alter. Indes, selbst finanziell vergleichsweise gut gebettete Rentnerinnen und Rentner nahmen die Vorlage mehrheitlich an.

Sodann ist gerade bei den finanziell weniger auf Rosen Gebetteten zu erkennen, dass die hohen Zustimmungssanteile ab rund 60 Jahren stark abflachen. Mit anderen Worten: Wer das Rentenalter erreicht hat oder in absehbarer Zukunft erreichen wird, stimmte dem Begehren mit grosser Wahrscheinlichkeit zu. Dabei spielten die finanziellen Verhältnisse nur noch eine sekundäre Rolle und es war überdies auch nicht relevant, wie alt die Person genau war.

Stimmverhalten nach Alter und finanziellen Verhältnissen (N = 819)



War die geringe Mobilisierung der Jungen für das Ja an der Urne ausschlaggebend?

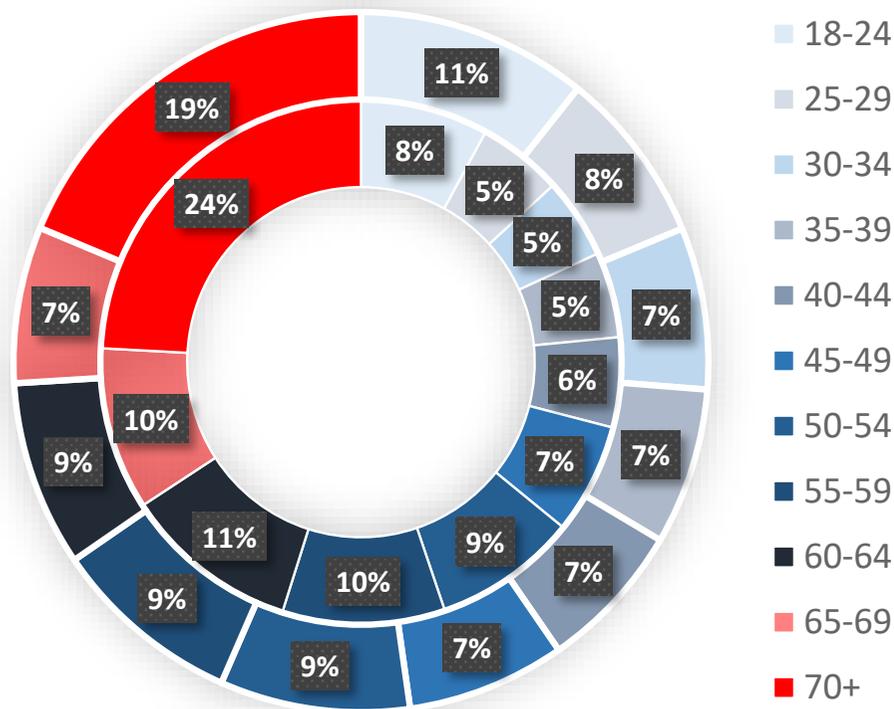
Die Jungen verwarfen die Vorlage zwar mehrheitlich, nahmen aber seltener teil als die Älteren. Deshalb die Frage: Wäre bei einer stärkeren Mobilisierung der Jungen möglicherweise ein anderes Resultat herausgekommen?

Zuerst: Darüber kann bloss spekuliert werden. Bekannt ist die Zusammensetzung des liechtensteinischen Elektorats (d. h. alle Stimmberechtigten) nach Altersgruppen (äusserer Ring der Abbildung) ebenso wie jene des Stimmkörpers (d. h. die tatsächlich Stimmenden) vom 26. Juni 2022 (innerer Ring).

Stimmberechtigte im ordentlichen Rentenalter (ab 65 Jahren) machen rund ein Viertel aller Stimmberechtigten (26 %), aber 34 Prozent aller Stimmenden vom 26. Juni 2022 aus. Das Medianalter der Stimmenden lag zwischen 55 und 59 Jahren. Aber auch der oder die «durchschnittliche Stimmberechtigte» ist nicht mehr ganz so jung: Das Medianalter der Stimmberechtigten liegt zwischen 50 und 54 Jahren.

Geht man nun von der Annahme aus, dass sich die Nichtteilnehmenden genauso entschieden hätten wie ihre teilnehmenden Altersgenossinnen bzw. -genossen, so wäre die Initiative bei 100-prozentiger Beteiligung mit rund 59 Prozent angenommen worden. Kurz, auch bei einer (hypothetischen) Ma-

Zusammensetzung des Elektorats und des Stimmkörpers nach Altersgruppen



Lesehilfe: Der äussere Ring steht für die Stimmberechtigten. Das heisst beispielsweise: 19% aller Stimmberechtigten sind 70 Jahre oder älter. Der innere Ring steht für diejenigen Stimmberechtigten, die am 26. Juni 2022 auch tatsächlich an der Abstimmung teilgenommen haben (Stimmkörper). Das heisst beispielsweise: 24% aller Teilnehmenden sind 70 Jahre oder älter.

ximalbeteiligung der Jungen hätte sich am Verdikt vom 26. Juni 2022 nicht viel geändert. Das liegt im Wesentlichen daran, dass

die Jungen generell, d. h. auch unter den Stimmberechtigten, bloss eine Minderheit darstellen.

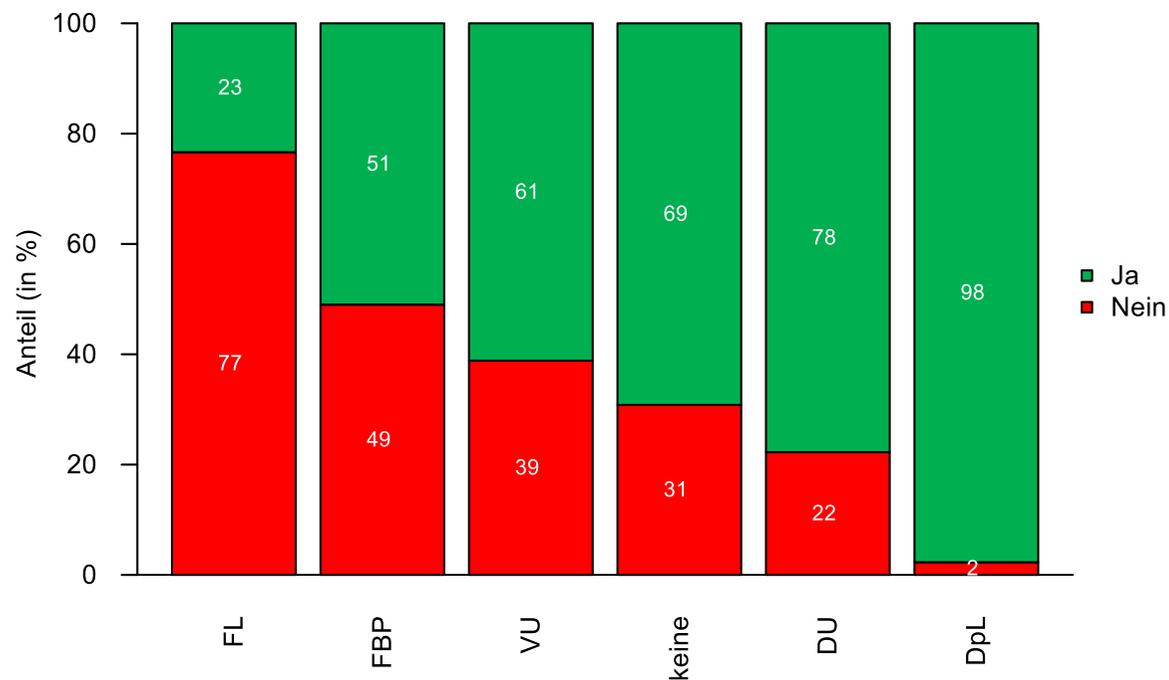
Stimmverhalten nach Parteineigung

Die Parteilinientreue unterschied sich zwischen den Parteilinientreuen: Die DpL-Anhängerschaft stand (beinahe) geschlossen (98 %) hinter der eigenen Initiative. Nicht ganz so einstimmig, aber nach wie vor mehrheitlich linientreu fiel das Stimmverhalten der FL-Anhängerschaft aus: Rund drei Viertel (77 %) von ihnen verwarfen das Begehren.

Sympathisantinnen und Sympathisanten der beiden Grossparteien waren hingegen gespalten: Trotz Nein-Parole der Partei legten rund sechs von zehn VU-Sympathisierenden ein Ja in die Urnen, während es bei der FBP-Gefolgschaft etwa die Hälfte war (51 %), die das DpL-Begehren guthiess. Bis zu einem gewissen Grad reflektierte das Stimmverhalten der Basis auch die Haltung der Parteivorstände, deren Empfehlungen nicht einstimmig erfolgten.

Parteiungebundene schliesslich waren in ihrer klaren Mehrheit (69 %) für die Franchise-Befreiung.

Stimmentscheidung nach Parteisympathie (in Prozent; N = 1'099)

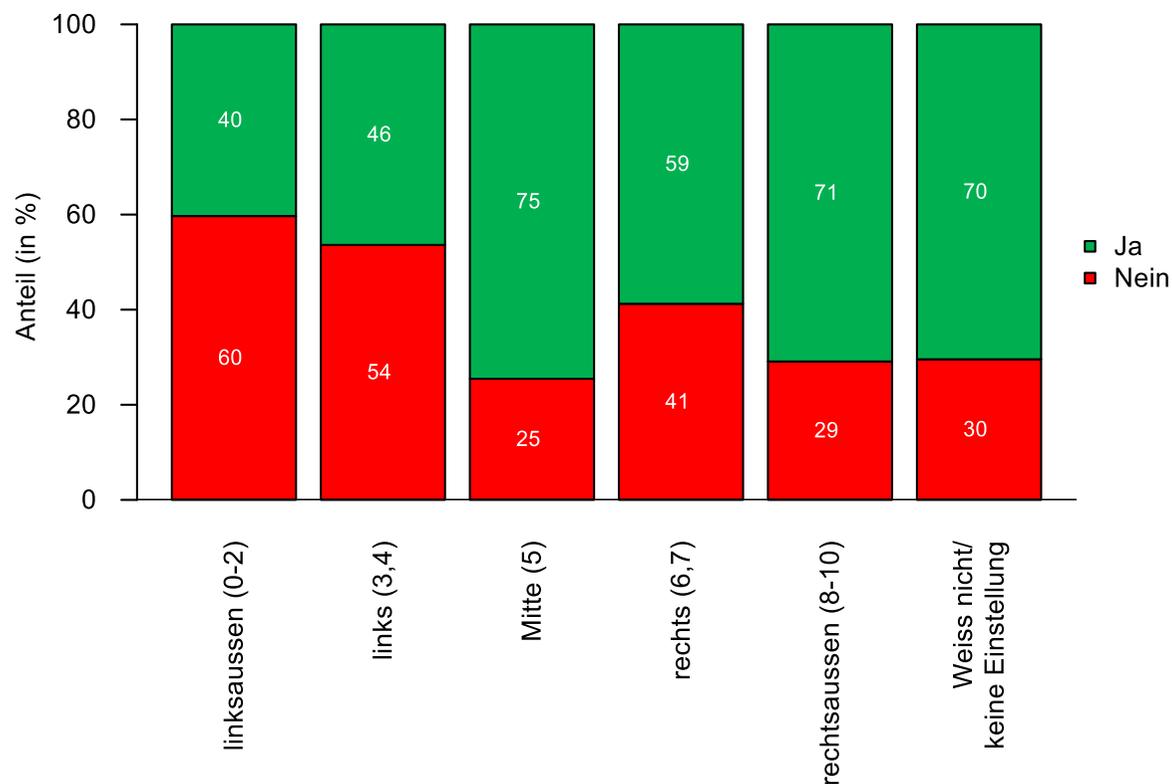


Stimmverhalten nach Links-Rechts-Selbsteinstufung

Die Befragten konnten sich auf einer Skala von 0 bis 10 im politischen Spektrum verorten, wobei 0 ganz links und 10 ganz rechts bedeutet.

Das linke Lager (Werte 0–4) stimmte mehrheitlich gegen die Franchise-Befreiung. Allerdings hiess eine bedeutende Minderheit der Linken das Begehren gut. Die Ja-Stimmen von links kamen im Übrigen selten von FL-Sympathisierenden, sondern mehrheitlich von Parteiungebundenen, die sich politisch links einstufen. In der Mitte des politischen Spektrums war die Zustimmung hoch (75 %). Auch im moderat-rechten Spektrum fand die Vorlage eine Mehrheit (59 %), aber sie fiel nicht derart eindeutig wie in der Mitte aus. Im äusseren rechten Spektrum steigt die Zustimmung sodann wieder auf 71 Prozent. Praktisch ebenso hoch (70 %) war die Zustimmung unter jenen, die sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum nicht einstufen konnten (oder wollten).

Stimmentscheidung nach Links-Rechts-Selbsteinstufung (in Prozent; N = 1'203)

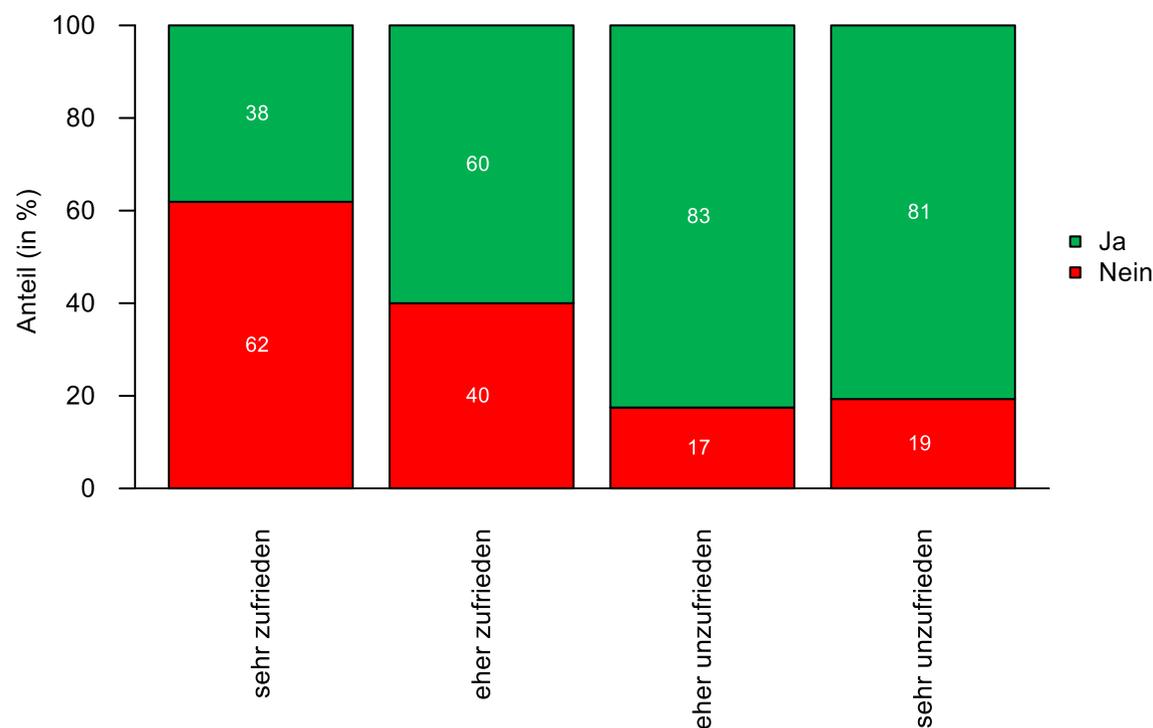


Stimmverhalten und Zufriedenheit mit der Demokratie

Schlüsselt man den Entscheid nach Demokratiezufriedenheit auf, so zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen Demokratiezufriedenen und solchen, die unzufrieden sind mit der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert. Wer unzufrieden ist, legte meist (> 80 %) Ja ein, während insbesondere die mit der Demokratie hoch Zufriedenen die DpL-Forderung mehrheitlich (62 %) ablehnten.

Die Beziehung zwischen der generellen Systemzufriedenheit (Demokratiezufriedenheit) und dem Entscheid wird längst nicht überall kausaler Natur gewesen sein. Die Demokratiezufriedenheit korreliert beispielsweise stark mit dem Vertrauen in die Regierung oder mit der Sympathie zur DpL bzw. zu den anderen Parteien. Aber der Umstand, dass der Effekt der Demokratiezufriedenheit auf den Entscheid auch in einem multivariaten Modell signifikant verbleibt, deutet darauf hin, dass die Abstimmung womöglich auch Protestcharakter hatte: Wer mit dem politischen System generell unzufrieden ist, was oftmals der Fall ist, wenn man sich vom System vernachlässigt fühlt, stimmte der staatlichen Kostenbeteiligung entgegen den Empfehlungen der meisten Parteien und Akteure zu.

Stimmentscheid nach Demokratiezufriedenheit (in Prozent; N = 1'082)



Stimmverhalten und Vertrauen in verschiedene Institutionen

Das Vertrauen in Institutionen korrespondiert vielfach mit dem Stimmentscheid. Am deutlichsten ist dieser Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Regierung und dem Stimmentscheid: Wer der Regierung misstraut, legte meist ein Ja in die Urne, während jene, die der Regierung vertrauen, viel öfter mit Nein stimmten. Dasselbe Muster zeigt sich auch betreffend das Vertrauen in den Landtag und in die politischen Parteien, die indessen ohnehin stark mit dem Vertrauen in die Regierung korrelieren ($r = .75$ bzw. $r = .73$).

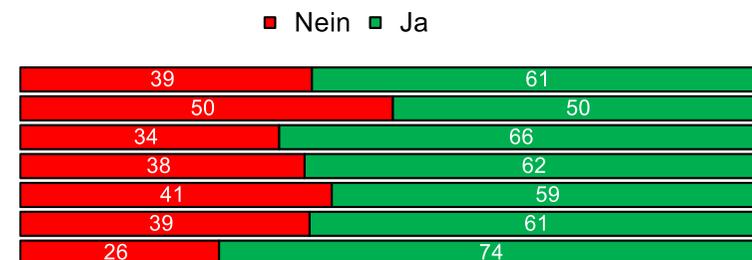
Aus dem Rahmen fällt diesbezüglich insbesondere das Vertrauen in das Fürstenhaus. Tatsächlich ist zwischen dem Vertrauen in das Fürstenhaus und dem Stimmentscheid auch nur ein schwacher Zusammenhang zu erkennen.

Zu beachten ist indessen, dass Korrelation nicht dasselbe wie Kausalität ist. Der Umstand, dass etwa Stimmende mit geringem Vertrauen in das Fürstenhaus öfter Nein einlegten, hat wohl wenig mit dem Fürstenhaus selbst zu tun, sondern liegt vielmehr daran, dass die Gruppe der dem Fürstenhaus Misstrauenden sich vornehmlich aus FL-Sympathisierenden zusammensetzt.

Stimmentscheid nach Institutionenvertrauen (in Prozent; N = 1'088–1'094)

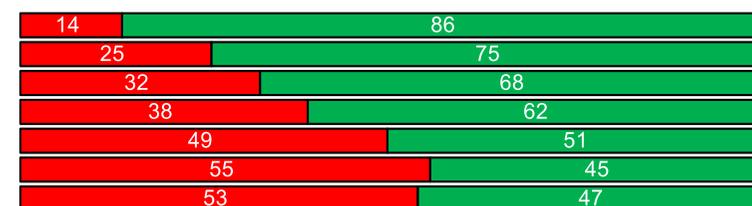
Vertrauen in Fürstenhaus

- 1 (absolut kein Vertrauen)
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 (volles Vertrauen)



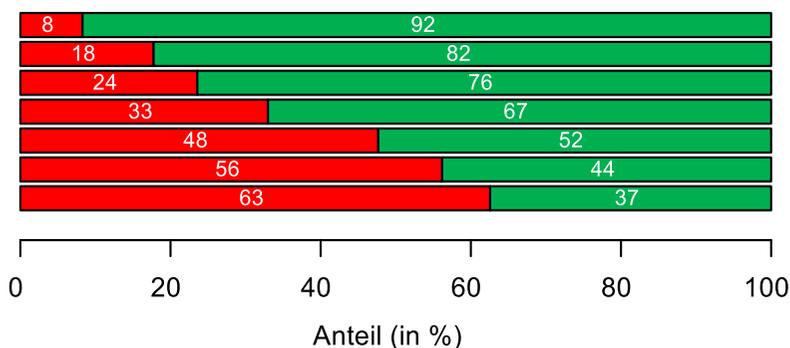
Vertrauen in Medien

- 1 (absolut kein Vertrauen)
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 (volles Vertrauen)



Vertrauen in Regierung

- 1 (absolut kein Vertrauen)
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7 (volles Vertrauen)



Stimmverhalten nach Werthaltungen

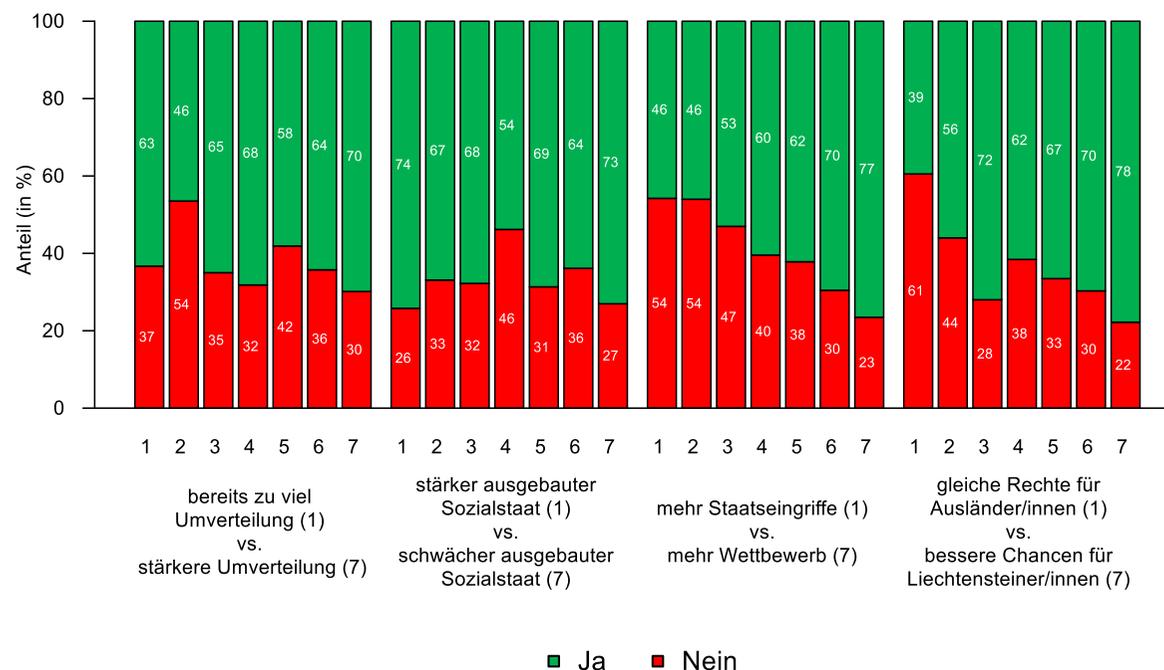
Die Befragten wurden gebeten, ihre Haltung zu vier Wertefragen anzugeben. Drei dieser Fragen betrafen die staatliche Sozial- bzw. Wohlfahrtspolitik. Obwohl die Franchisebefreiung inhaltlich in diesen Themenbereich fällt, korrelieren die entsprechenden Haltungen nur mässig mit dem Entscheid. Stimmende, die den Sozialstaat ausbauen wollen, stimmten ganz ähnlich wie jene, die ihn abbauen wollen.

Erstaunlich ist in gewisser Weise der Umstand, dass Stimmende, die mehr Wettbewerb und weniger Staat wünschen, zu 77 Prozent einem Begehren zustimmten, dass neu den Staat die Kostenbeteiligung übernehmen lässt. Wer hingegen umgekehrt generell mehr Staatseingriffe wünscht, wollte mehrheitlich den Staat von der Kostenbeteiligung fernhalten.

Dieses auf den ersten Blick etwas widersprüchliche Verhalten liegt daran, dass Stimmende mit Präferenzen für eine «linke» Wirtschaftsideologie (mehr Staatseingriffe in Wirtschaft, Ausbau Sozialstaat, mehr Umverteilung) vornehmlich Sympathien für die FL haben, die das Begehren indessen grossmehrheitlich ablehnten.

Umgekehrt ist die DpL-Anhängerschaft eher einer «rechten» Wirtschaftsideologie zugetan, aber sie hiessen die staatliche Kostenbeteiligung fast schon einstimmig gut.

Stimmentscheid nach Werthaltungen (in Prozent; N = 990–1'039)



Die Haltung zur Migration korreliert hingegen (etwas) stärker mit dem Entscheid. Wer Ausländern und Ausländerinnen gleiche Chancen einräumen will wie Einheimischen, lehnte die Vorlage mehrheitlich ab. Ob die Haltung der Migration gegenüber ein

statistisches Artefakt bildet oder gerade in Bezug auf das Argument, wonach die Kostenbeteiligung nur in Liechtenstein wohnhaften Rentnerinnen und Rentnern zugute käme, kausale Wirkung hatte, ist indessen unklar.

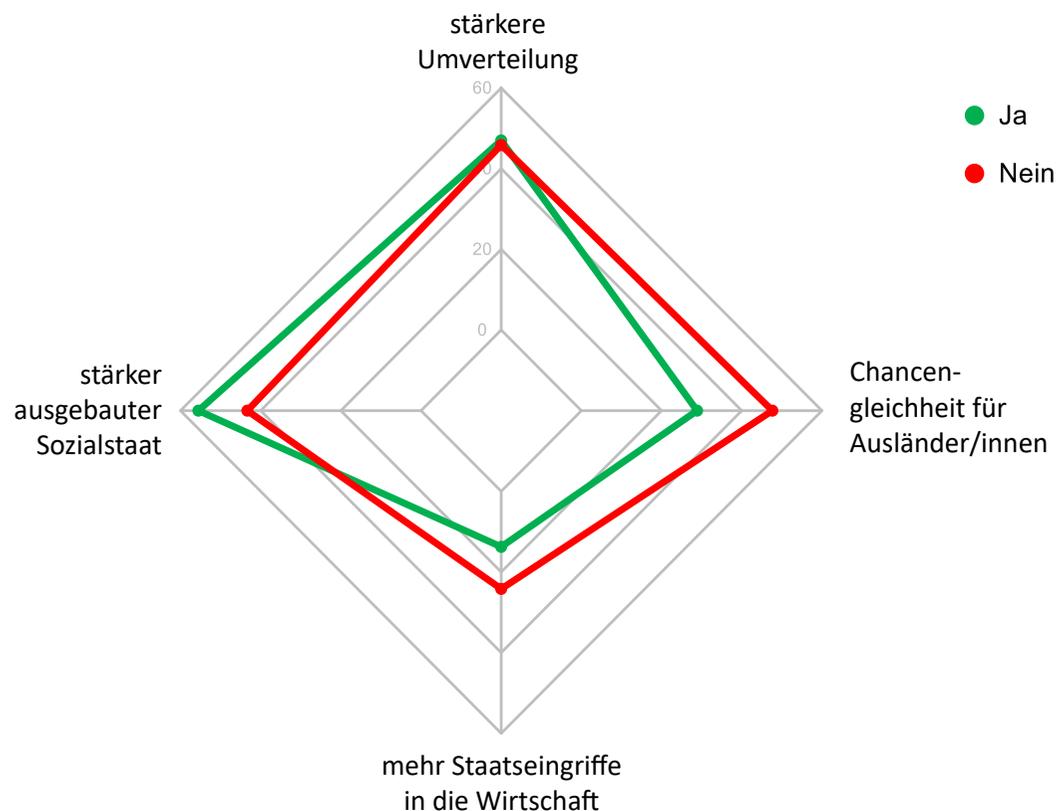
Stimmverhalten nach Werthaltungen

Das Spinnenprofil mit den Eckpunkten Umverteilung, Sozialstaat, Etatismus und Haltung zu Migration resp. Chancengleichheit für Ausländer/innen zeigt nochmals das eigentümliche Muster der Abstimmung vom 26. Juni 2022.

Diejenigen, die die Vorlage angenommen haben, befürworten einen stärker ausgebauten Sozialstaat, sprechen sich aber gleichzeitig gegen Staatseingriffe in die Wirtschaft und gegen Chancengleichheit für Ausländer/innen aus. Also sozial- und wirtschaftspolitisch eher mittig, gesellschaftspolitisch eher rechts.

Die Rechte hat die Vorlage aber mehrheitlich angenommen, während die Linke sie verwarf. Die Begriffe «links» und «rechts» werden offenbar stärker mit gesellschaftspolitischen, statt – wie traditionellerweise – mit sozial- oder wirtschaftspolitischen Positionen verknüpft.

Spinnenprofil der Werthaltungen nach Stimmentscheid (N = 990–1'039)



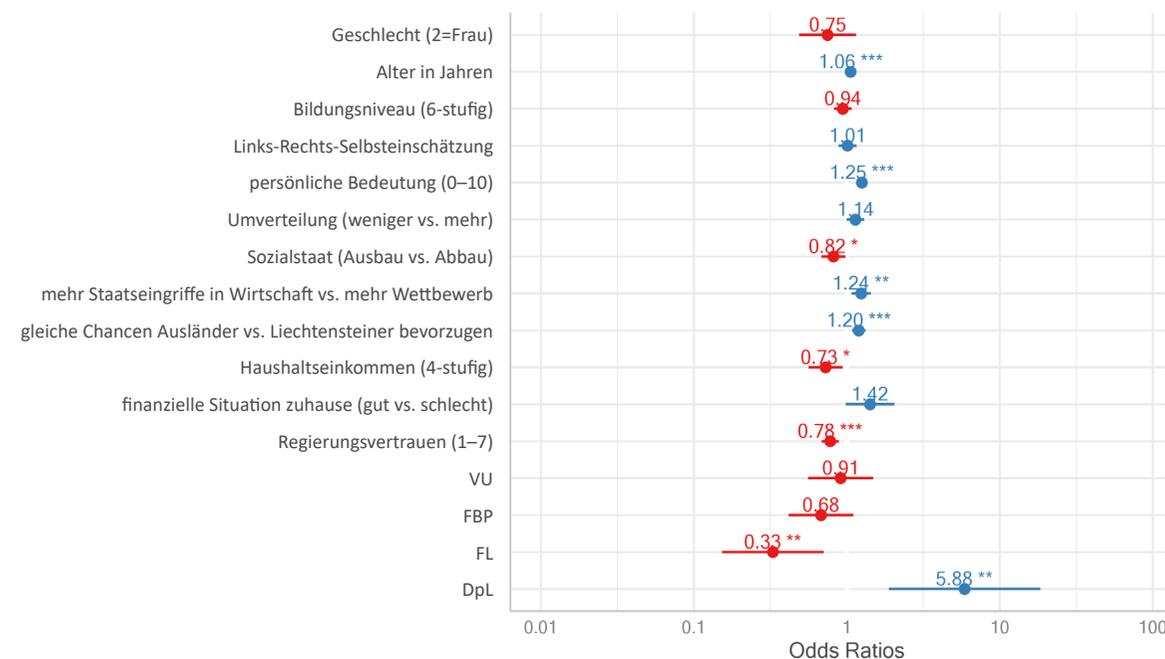
Zusammenfassung: Die wichtigsten Determinanten des Stimmenscheids

In einer binär-logistischen Regressionsanalyse wird geprüft, wie gross der Einfluss der verschiedenen Merkmale auf den Stimmenscheid ist, wenn für die jeweils anderen Merkmale kontrolliert wird.

Die Modellschätzung zeigt, dass verschiedene Faktoren zusammen den Ausschlag geben. Zum einen hatten das Alter und auch die persönliche Bedeutung, zum anderen wirtschaftspolitische Haltungen einen Effekt, sodann aber auch die Einstellung gegenüber der Migration. Zuletzt spielten auch die finanziellen Verhältnisse eine Rolle ebenso wie das Vertrauen in die Regierung.

Die Modellschätzung liefert ein starkes empirisches Argument, wonach die Parteilinie bei mindestens zwei Parteianhängerschaften eine wesentliche Rolle für den Entscheid spielte. Denn trotz Konstanthaltung von weiteren Faktoren (Wertevorstellungen, Links-rechts-Selbsteinschätzung, Alter etc.) verbleiben die Effekte der FL- und DpL-Sympathie hoch signifikant im Modell. Zur Veranschaulichung dieser Effekte ein Beispiel: Die Odds, der Vorlage zuzustimmen, erhöhen sich für DpL-Sympathisierende im Vergleich zu Parteiungebundenen, die ansonsten aber dieselben Merkmale aufweisen (z. B. gleiches Einkommen, gleiches Alter etc.) um etwa das Sechsfache.

Regressionsmodell des Stimmenscheids



Lesehilfe: Abgebildet sind die geschätzten Effektstärken in Odds Ratios. Rot steht für einen negativen, blau für einen positiven Effekt.

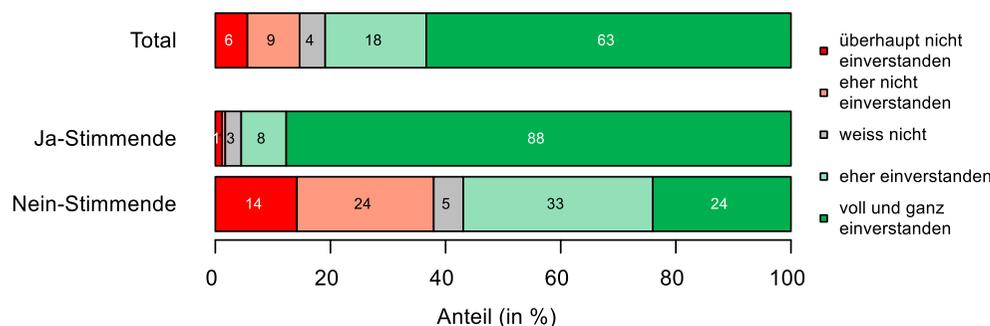
Anklang der Abstimmungsargumente: Pro-Argumente I

Sachabstimmungen zeichnen sich dadurch aus, dass im Abstimmungskampf inhaltliche Argumente für bzw. wider die zu befindende Vorlage vorgebracht werden. Eine Sachabstimmung ist demnach auch ein Wettstreit der Argumente. Wie gut kamen die Pro- und Kontra-Argumente zur Franchise-Befreiung an? Welche Argumente überzeugten, welche fanden keinen Anklang?

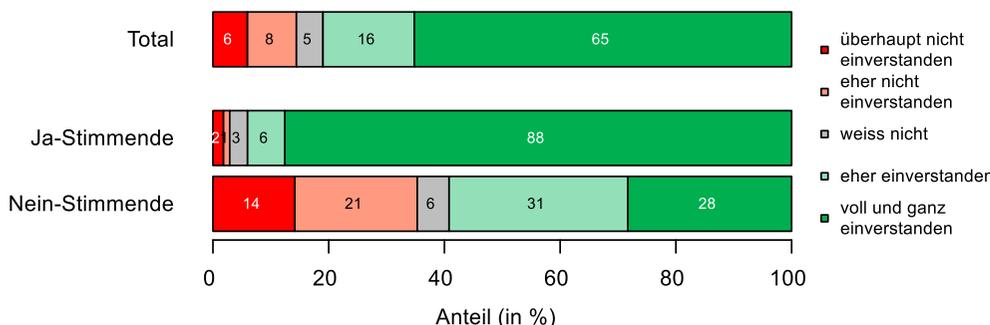
Zur Beantwortung dieser Fragen wurden den Befragten vier Pro- und vier Kontra-Argumente vorgelegt, mit denen sie sich einverstanden oder nicht einverstanden erklären konnten. Zunächst seien die Ergebnisse zu den Pro-Argumenten präsentiert:

Die beiden Argumente, welche insgesamt die stärkste Zustimmung erfuhren, waren jene, die eine finanzielle Entlastung der Rentnerinnen und Rentner forderten. Eine überwältigende Mehrheit der Stimmenden – dies schliesst auch viele Nein-Stimmenden mit ein – ist der Ansicht, dass die finanzielle Lage der Rentnerinnen und Rentner aufzubessern ist. Mit anderen Worten: Das Gros der Stimmbewölkerung teilte die Problemwahrnehmung der Initiantinnen und Initianten. Dass eine finanzielle Entlastung der Rentnerinnen und Rentner vonnöten ist, bestritt selbst das Nein-Lager nicht. Die Gegner der Initiative hielten jedoch die in der Initiative vorgeschlagene Lösung für wenig zielgerichtet.

«Die Lebenshaltungs- und Gesundheitskosten steigen permanent, aber die AHV-Rente wurde seit 2011 nicht erhöht. Es ist an der Zeit, die Rentnerinnen und Rentner finanziell zu entlasten.»



«In der Schweiz wurde die AHV-Rente seit 2011 vier Mal erhöht. In Liechtenstein seither nie. Eine finanzielle Entlastung der Rentnerinnen und Rentner ist überfällig.»



Aber wie auch immer die Kritik an der konkreten Umsetzung lautet, die Erfahrung aus zahlreichen Initiativabstimmungen zeigt:

Wenn es den Initiantinnen und Initianten nur schon gelingt, weite Teile des Stimm-

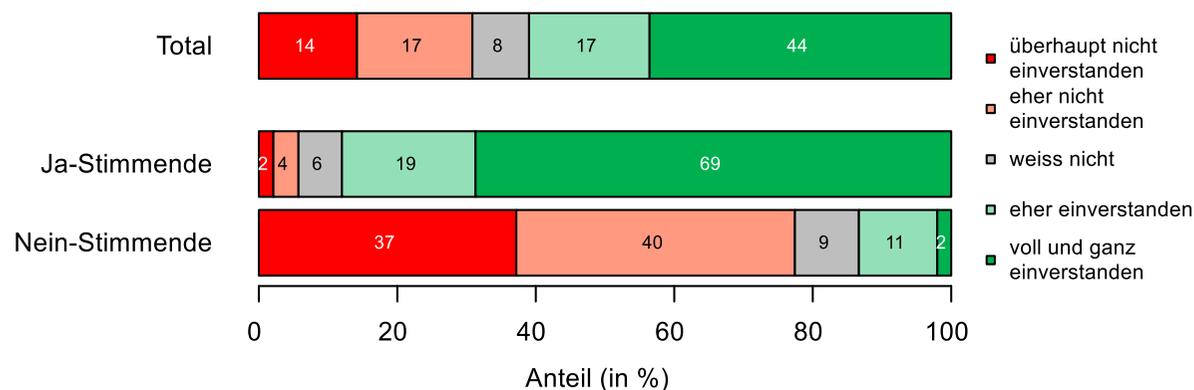
volks von ihrer Problemwahrnehmung zu überzeugen, so sind das sehr gute Startbedingungen für ihr Begehren. Wie die Akzeptanzwerte zeigen, ist just dies den DpL-Initiantinnen und -Initianten gut gelungen.

Anklang der Abstimmungsargumente: Pro-Argumente II

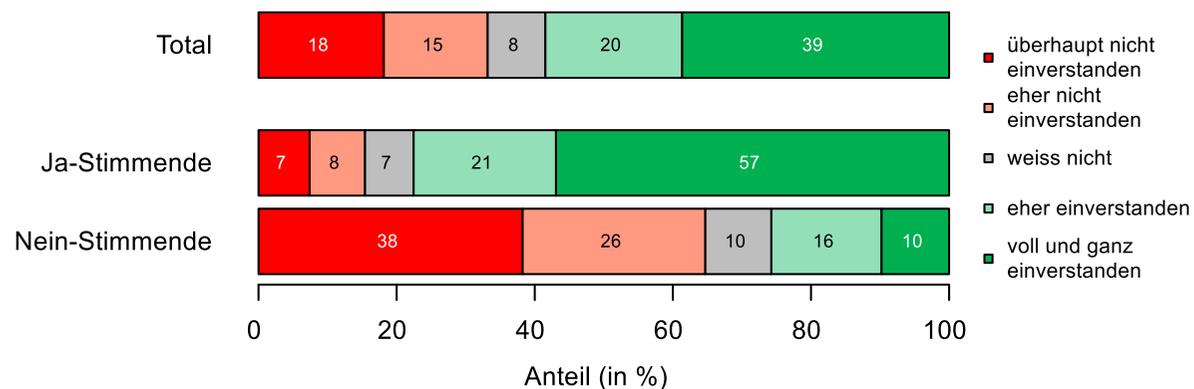
Das Pro-Argument, wonach die Franchise-Befreiung eine gute Lösung sei, weil sie nur in Liechtenstein wohnhafte Rentnerinnen und Rentner (und nicht auch solche, die im Ausland wohnhaft sind) unterstütze, fand eine Mehrheit von 59 Prozent. Im Gegensatz zu den beiden zuvor genannten «Entlastungs-Argumenten» waren indessen nur wenige Nein-Stimmende (26 %) damit einverstanden. Auf Widerstand stiess das Argument bei den Jungen (18–24 Jahre: 53 % sind nicht einverstanden) und insbesondere bei den FL-Sympathisierenden (71 %), die darin eine unfaire Behandlung von im Ausland wohnhaften Personen mit Liechtensteiner Rentenanspruch sahen.

Als faire Lösung sahen etwas mehr als 60 Prozent aller Stimmenden die Initiative an, weil auch Rentnerinnen und Rentner mit einer halben AHV-Rente die gleiche Unterstützung erhalten wie solche mit einer vollen Rente. Auch hier gehen die Meinungen der beiden Lager weit auseinander: Die allermeisten Ja-Stimmenden hielten die Initiative für eine faire Lösung, während fast 80 Prozent der Nein-Stimmenden dem widersprachen.

«Die Initiative ist eine faire Lösung, weil auch Rentnerinnen und Rentner mit einer halben AHV-Rente, die medizinische Leistungen beanspruchen, die gleiche Unterstützung erhalten wie solche mit einer vollen Rente.»



«Mit der Franchise-Befreiung werden nur in Liechtenstein wohnhafte Rentnerinnen und Rentner unterstützt. Diese Lösung ist besser, als Steuergelder in die AHV zu stecken, welche auch an die im Ausland wohnhaften Rentnerinnen und Rentner geht.»



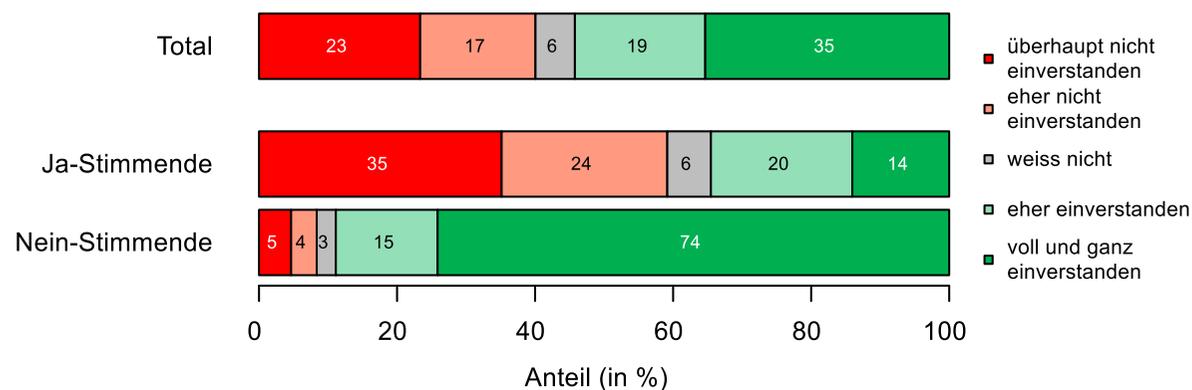
Anklang der Abstimmungsargumente: Kontra-Argumente I

Eines der wichtigsten Kontra-Argumente, das Argument der nicht treffsicheren, nicht zielgerichteten Giesskannenmethode, kam im Nein-Lager sehr gut an. Rund drei Viertel aller Nein-Stimmenden waren mit dieser Aussage vollkommen und weitere 15 Prozent eher einverstanden. Aber selbst im Ja-Lager fand es durchaus Anklang (34 % Zustimmung).

Insgesamt zeigte sich eine Mehrheit aller Stimmenden mit dem Kontra-Argument einverstanden. Aber offenbar nahmen die Ja-Stimmenden diese finanziellen Begünstigungen für solche, die es eigentlich nicht nötig haben, in Kauf, um sicherstellen zu können, dass es diejenigen, die es nötig haben, auch sicher erhalten. Denn überdurchschnittlich viele (60%), die zwar mit dem Giesskannen-Argument einverstanden waren, aber der Vorlage gleichwohl zustimmten, haben ein Haushaltseinkommen von weniger als CHF 7'000. Ihre Überlegung war wohl: Das Giesskannenprinzip lässt «das Geld über alle regnen» – auch über Reiche. Aber (nur) so wird sichergestellt, dass es auch über jene «regnet», die es nötig haben.

Weiter ist bemerkenswert, dass das von der Regierung kommunizierte Giesskannen-Argument bei der Oppositionspartei FL mit Abstand den höchsten Anklang (87 %) fand.

«Mit der Franchise-Befreiung nach dem Giesskannen-Prinzip werden auch reiche Rentnerinnen und Rentner entlastet, die finanzielle Unterstützung gar nicht nötig haben. Das ist keine zielgerichtete Lösung.»

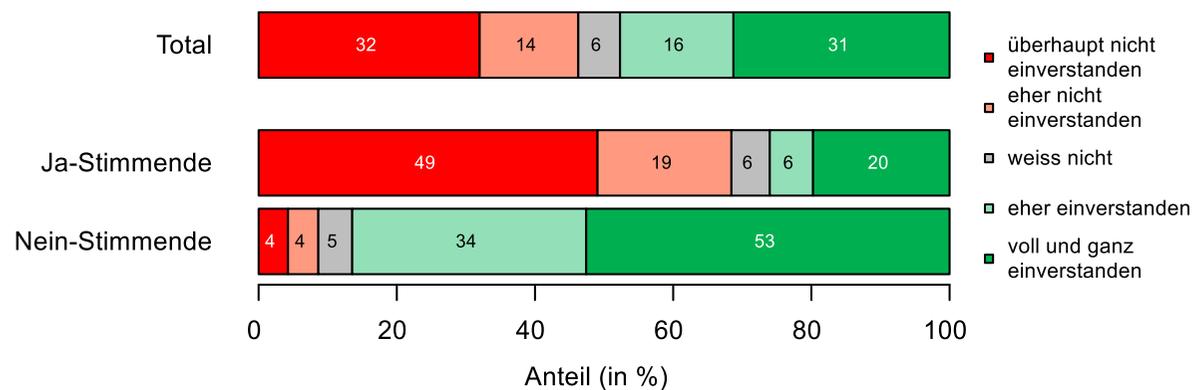


Anklang der Abstimmungsargumente: Kontra-Argumente II

Von steigenden Krankenkassenprämien als Folge der Annahme der Initiative ging zwar eine ganz klare Mehrheit der Nein-Stimmenden (87 %) aus, aber auch eine relativ starke Minderheit der Ja-Stimmenden (26 %). Letztere waren offenbar gewillt, eine solche Krankenkassenprämienenerhöhung in Kauf zu nehmen. Warum, geht nicht eindeutig aus den Daten hervor. Vielleicht, weil sie andere Argumente für wichtiger erachteten, vielleicht, weil sie in der Bilanz trotz Prämienenerhöhung finanziell profitierten oder möglicherweise, weil sie nur eine sehr geringe (verkräftbare) Erhöhung erwarteten.

Bemerkenswert ist, dass sich diese an sich «technische» Einschätzung teils gravierend zwischen den Altersklassen unterschied. Junge waren viel eher von einer drohenden Prämienenerhöhung überzeugt als Ältere.

«Wenn den Rentnerinnen und Rentnern die Krankenkassen-Franchise von CHF 500 erlassen wird, steigen die Gesundheitskosten an und als Folge davon die Krankenkassenprämien. Das muss verhindert werden.»

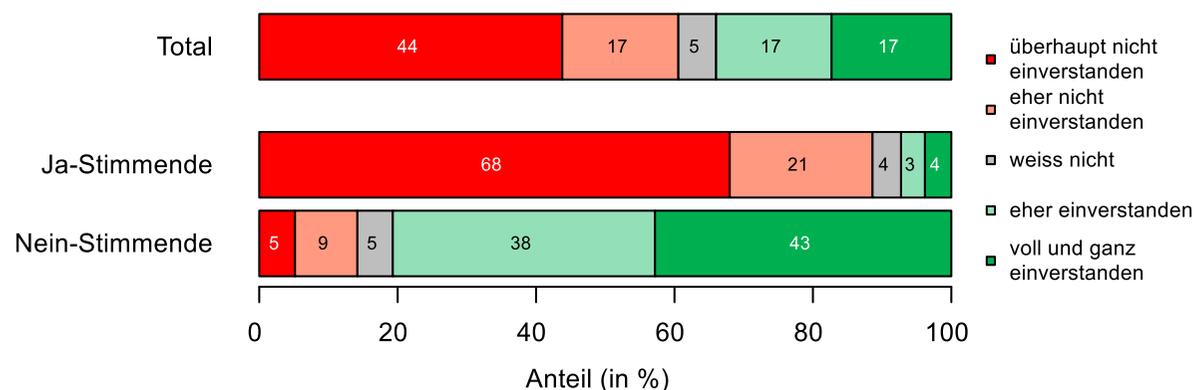


Anklang der Abstimmungsargumente: Kontra-Argumente III

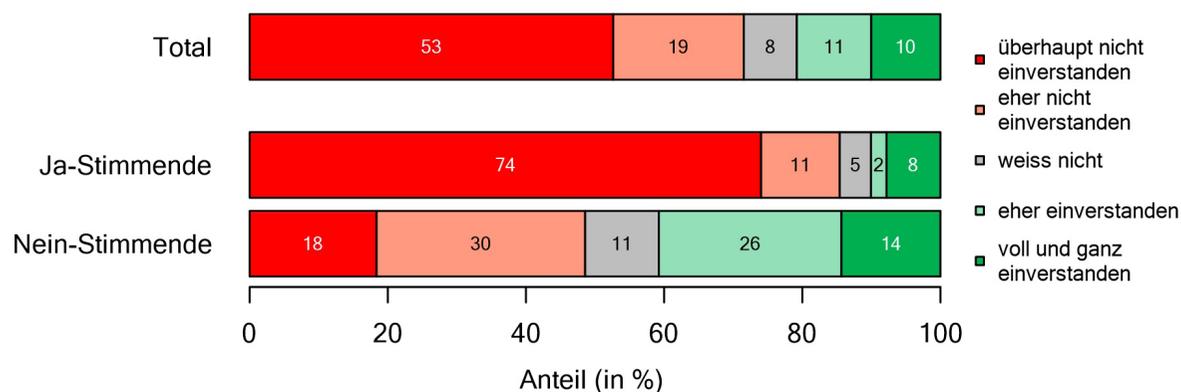
Eine grosse Differenz in der Bewertung zwischen Ja- und Nein-Stimmenden gab es indessen beim Argument, wonach die Älteren bei der Kostenbeteiligung schon heute gegenüber den Jüngeren begünstigt würden, weshalb es keine weiteren Begünstigungen bedürfe. Dem – und wir vermuten insbesondere der Schlussfolgerung («Es braucht keine weiteren Vergünstigungen») – widersprachen die Ja-Stimmenden vehement, während die Nein-Stimmenden diese Haltung fast unisono teilten. Im Kern geht es wohl um die «Fairness» einer Franchise-Befreiung der Rentnerinnen und Rentner: Die Ja-Stimmenden, darunter viele Rentnerinnen und Rentner selbst, waren der Ansicht, das sei fair und angemessen, während die Nein-Stimmenden – darunter viele Junge – das anders sahen.

Sodann waren die meisten Stimmenden der Ansicht, dass die voraussichtlichen Kosten von CHF 3,5 Millionen verkraftbar sind. Das heisst nicht, dass sie der Vorlage auch automatisch zustimmten, aber die Kosten waren nicht das Problem. Kurz: Finanziell stand nicht allzu viel auf dem Spiel. Vielleicht war dies mit ein Grund, weshalb sich einige gar nicht erst an der Abstimmung beteiligten.

«Rentnerinnen und Rentner werden bei der Kostenbeteiligung gegenüber Jüngeren schon heute begünstigt (tieferer Selbstbehalt). Es braucht keine weiteren Begünstigungen für Rentnerinnen und Rentner.»



«Die anfallenden Kosten der Initiative von CHF 3,5 Millionen pro Jahr sind für Liechtenstein zu hoch.»

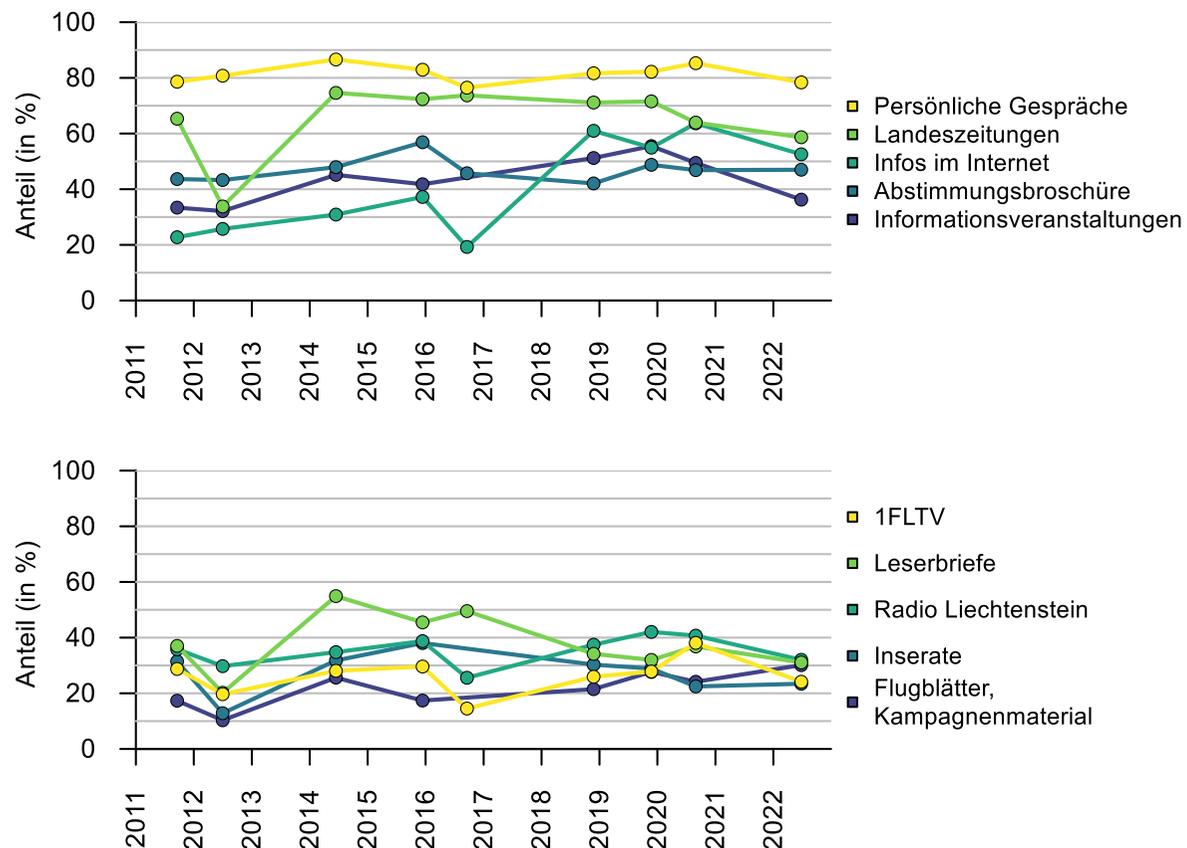


Wichtigkeit der Informationskanäle

Gefragt wurde auch nach der Bedeutung von verschiedenen Informationskanälen für die Meinungsbildung. Generell wurden die verschiedenen Informationsquellen für weniger bedeutsam als in vergangenen Urnengängen eingestuft. Dies liegt mutmasslich daran, dass die Vorlage selbst als nicht sonderlich wichtig eingestuft wurde, aber wohl auch daran, dass der Vorlageninhalt und die Auswirkungen einer Annahme leicht verständlich bzw. leicht nachvollziehbar waren. Wenn der Entscheidungsstoff auf Anhieb verständlich ist, sind weitergehende Informationen auch nicht derart gefragt wie bei Vorlagen mit komplexer Materie.

Sodann kann an den Bedeutungswerten von Leserbriefen und Informationsveranstaltungen auch der im Grossen und Ganzen flauere Abstimmungskampf abgelesen werden. Eine der wenigen Informationsquellen, deren Bedeutung im Vergleich zum Urnengang vom Sommer 2020 nicht abgenommen hat, ist das Informationsmaterial der Regierung. Es wird auch dem Stimmmaterial beigelegt.

Wichtigkeit der Informationskanäle bei Abstimmungen und Wahlen von 2011 bis 2022 (in Prozent)

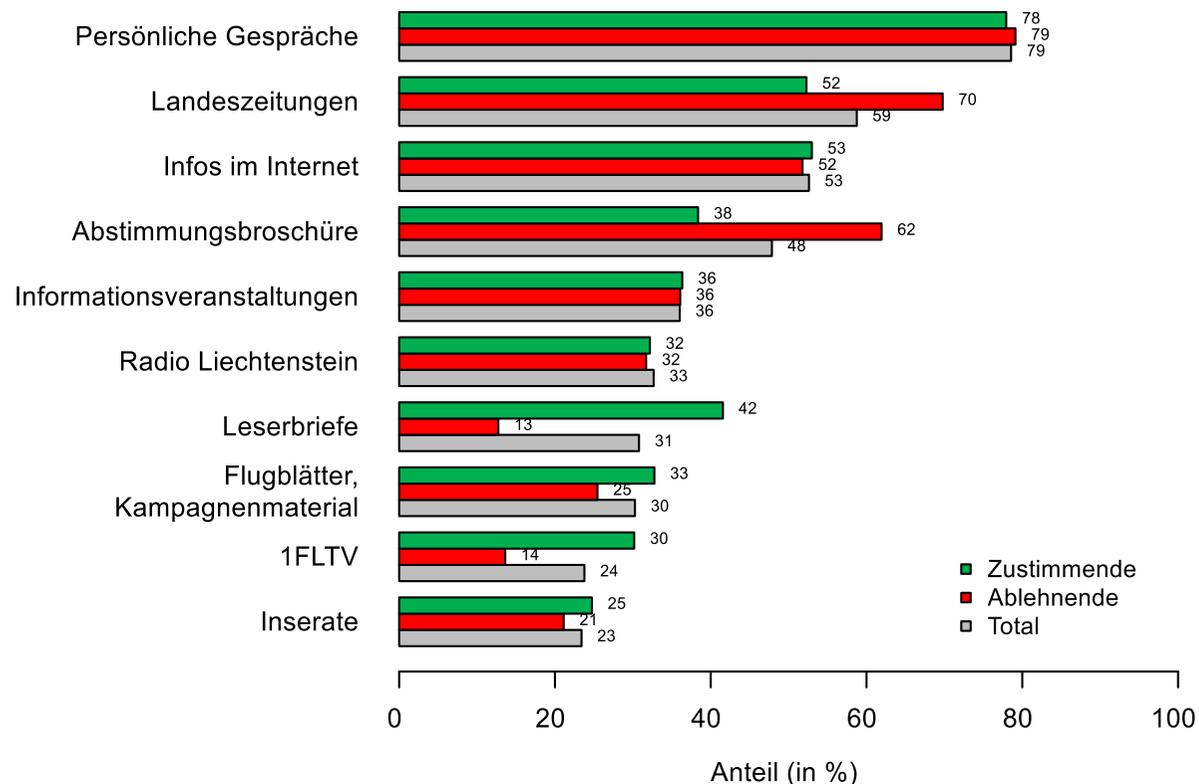


Wichtigkeit der Informationskanäle nach Entscheid

Das persönliche Gespräch (mit Mitbürgerinnen und -bürgern) ist nach wie vor die wichtigste Informationsquelle in Liechtenstein – und zwar sowohl für die Ja- wie auch für die Nein-Stimmenden vom 26. Juni 2022.

Allerdings gibt es sodann durchaus Unterschiede zwischen den beiden Lagern: Die Initiativgegnerschaft stufte die redaktionellen Beiträge in den Zeitungen und die Behördeninformationen als besonders wichtig ein, während sich die Befürworterschaft stärker auf Leserbriefe und das Fernsehen abstützte bzw. diesen eine hohe Bedeutung beimass.

Wichtigkeit Informationskanäle (in Prozent; «wichtig» oder «eher wichtig»; N = 1'092–1'128)

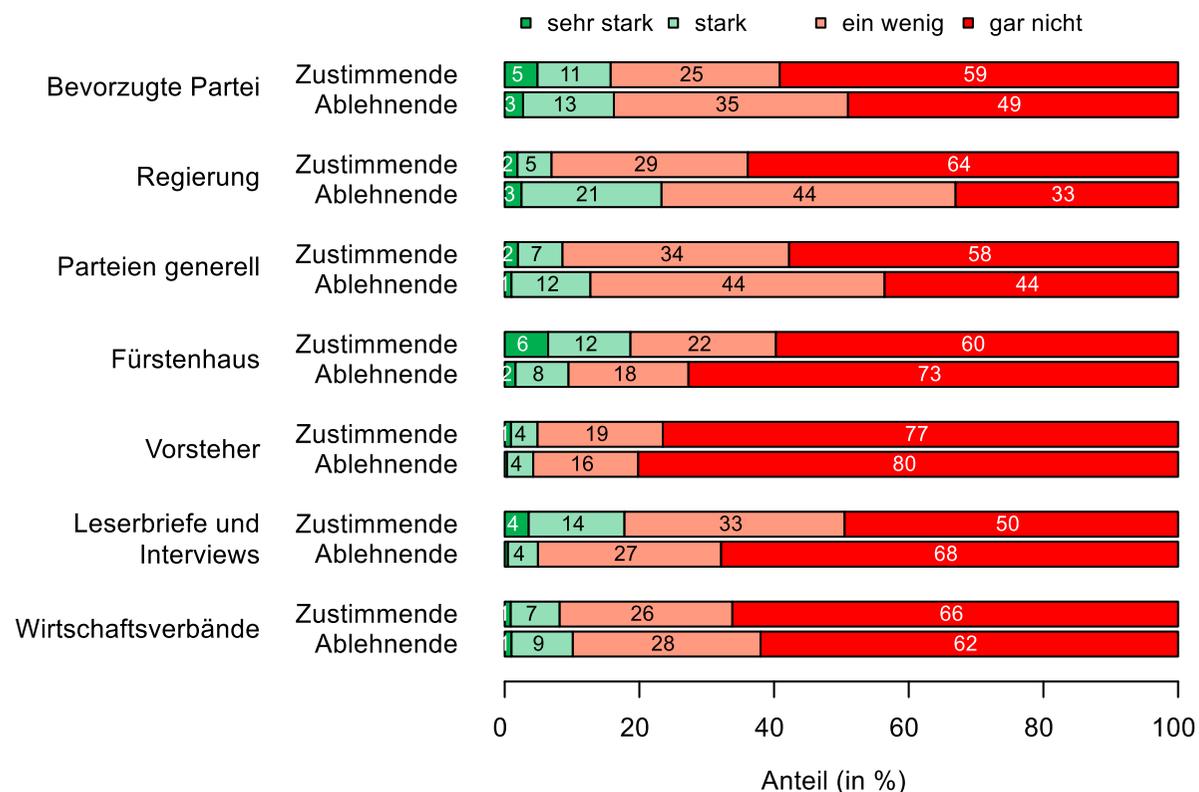


Beeinflussung durch Empfehlungen zur Abstimmung

Empfehlungen spielen bei der Meinungsbildung oftmals eine wichtige Rolle. Bei der Abstimmung über die DpL-Initiative war deren Bedeutung gesamthaft eher gering. Der Empfehlung der bevorzugten Partei wurde noch am ehesten Beachtung geschenkt, vornehmlich innerhalb der DpL-Anhängerschaft. Die anderen Parteienhänger orientierten sich gemäss eigenen Aussagen hingegen nur selten an der Linie der bevorzugten Partei.

Bei den Nein-Stimmenden fand überdies die Empfehlung der Regierung eine gewisse Beachtung. Ausschlaggebend («sehr starke Orientierung an Empfehlung») war die Regierungshaltung für den Entscheid indes nur sehr selten.

Beeinflussung durch Abstimmungsempfehlungen (in Prozent; N=1'043–1'073)



Erfolgsquote Initiativen

Die DpL-Initiative war das 39. Initiativbegehren, über welches das Liechtensteiner Stimmvolk zu befinden hatte. Die DpL-Initiative miteinbegriffen, wurden bislang 13 Volksinitiativen gutgeheissen, was einer Erfolgsquote von exakt 33,3 Prozent entspricht. Statistisch gesprochen, wird hierzulande demnach jede dritte Volksinitiative angenommen.

Zum Vergleich: Die Erfolgsquote von Volksinitiativen beträgt in der Schweiz auf nationaler Ebene gerade einmal 11 Prozent. Allerdings ist die Erfolgsquote von Initiativen in der Schweiz auf kantonaler Ebene vergleichbar mit dem Liechtensteiner Wert: Gemäss Vatter (Vatter, Adrian (2018): Das politische System der Schweiz, Nomos, S. 373) wurde zwischen 1990 und 2015 jede vierte kantonale Volksinitiative angenommen. Die Grösse der Gebietskörperschaft scheint demnach eine gewisse Rolle zu spielen.

Auf jeden Fall zeigt das Beispiel der DpL-Initiative, dass Volksinitiativen – selbst solche, die von den meisten Parteien und Akteuren bekämpft werden – hierzulande keineswegs chancenlos sind.

Amtlicher Stimmzettel
VOLKSABSTIMMUNG
vom 26. Juni 2022
über die Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung
(Befreiung der Kostenbeteiligung (Franchise) für Versicherte,
die das ordentliche Rentenalter erreicht haben)

Frage:	Antwort: Bitte ankreuzen	
	Wollt Ihr den Entwurf des Initianten über die Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung (Befreiung der Kostenbeteiligung (Franchise) für Versicherte, die das ordentliche Rentenalter erreicht haben) annehmen?	ja <input type="checkbox"/>

Nichtamtliche Stimmzettel und Stimmzettel, die Anmerkungen ehrverletzenden Inhalts oder Bedingungen, Befristungen oder Auflagen enthalten, sind ungültig.

ABSTIMMUNGSANALYSEN SEIT 2011

Milic, Thomas; Rochat, Philippe (2022): Volksabstimmung «Franchise-Befreiung» vom 26. Juni 2022. Ergebnisse einer Onlineumfrage. Gamprin-Bendern (LI Aktuell 1/2022).

Marxer, Wilfried (2020): Volksabstimmung «Doppelte Staatsbürgerschaft» vom 30. August 2020. Ergebnisse einer Onlineumfrage. Bendern (LI Aktuell 2/2020).

Marxer, Wilfried (2020): Volksabstimmung «HalbeHalbe» vom 30. August 2020. Ergebnisse einer Onlineumfrage. Bendern (LI Aktuell 3/2020).

Marxer, Wilfried (2018): Volksabstimmung «Tour de Ski» vom 25. November 2018. Ergebnisse einer Onlineumfrage. Bendern (LI Aktuell 1/2018).

Marxer, Wilfried (2016): Volksabstimmung «Familienzulagengesetz» vom 18. September 2016. Ergebnisse einer Umfrage. Bendern (LI Aktuell 2/2016).

Marxer, Wilfried (2016): Volksabstimmung «Krankenversicherungsgesetz» vom 13. Dezember 2015. Ergebnisse einer Umfrage. Bendern (LI Aktuell 1/2016).

Marxer, Wilfried (2014): Volksabstimmung «Pensionskasse Win-Win» und «Win-Win-50» vom 15. Juni 2014. Ergebnisse einer Umfrage. Bendern (LI Aktuell 1/2014).

Marxer, Wilfried (2012): Volksabstimmung «Ja – damit deine Stimme zählt» vom 1. Juli 2012. Summarische Ergebnisse einer Umfrage. Presseunterlagen. Bendern.

Marxer, Wilfried (2011): Umfrage zur Volksabstimmung «Hilfe statt Strafe». Medienorientierung am 12. Oktober 2011. Liechtenstein-Institut. Bendern.

Alle Publikationen stehen auf www.liechtenstein-institut.li zum Download zur Verfügung.

